

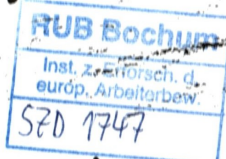
DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

Juli 1986 Nr. 62

2,-

Friede nach innen...



Friede nach außen.



Das Loch von Celle

kann nur den in demokratischen Erstaunen setzen und verwirren, der diesem Staat nicht nahezu alles zutraut, der sich nicht der einfachen Frage stellt, wem das Geschrei über „Terrorismus“ nützt, daß er die Rote Armee Fraktion glatt hätte erfinden müssen und die Anschläge samt deren Rhythmus durch flauere Zeiten dazu. Durch das Loch von Celle erhält man Einblick in das Funktionieren des „Rechtsstaates“ und seiner juristischen Möglichkeiten. Der heute wieder geehrte Staatsrechtler Carl Schmitt formulierte da direkter: Der Führer schaffe das Recht. Staatseigen sei ja die Mauer gewesen; als staatseigen betrachtet man den Staatsbürger.

Eine gewisse Unoriginalität ist den Tätern nicht abzusprechen, wenn die Gärtner gewohnheitsmäßig Böcke sind und sich auch noch erwischen lassen; lobend zu erwähnen ist aber die Rücksichtnahme, einmal nicht über Leichen, sondern nur über Mauersteine zu gehen. Oder doch? Nach seinem „gescheiterten Befreiungsversuch aus der Haftanstalt Celle“ wurde Debus unter verschärfte Haftbedingungen gestellt, im Hungerstreik dagegen starb er 1981.

Daß Terror zu den gewöhnlichen Staatsgeschäften gehört, kann niemand verblüffen, der die Atom- und Rüstungsterroristen am Werke sieht, höchstens die Unbedarftheit ihrer Aktionen, die geistige und faktische Dürftigkeit. Immerhin wurde damals in informierten Kreisen über die Autorschaft gewisser Anschläge gemunkelt; und auch die dunklen Todesfälle von Stammheim erhalten angesichts der Möglichkeiten im Lande der unbegrenzten Zumutbarkeiten Schlaglichter.

Die RAF wollte beweisen, daß bewaffneter Widerstand möglich sei. Staat und Publizistik behaupteten, sie wollten den Faschismus herbeibeißen. Für diesen Part haben wir nun Albrecht. Der bürgerliche Staat entpuppt sich mit offenem und verdecktem Terror als die Plage, die er ist.

Die für ein paar Dollar mehr den Weltuntergang in Kauf nehmen und verbreiten sollen sich nicht das Recht nehmen dürfen, ein Loch in eine - wie betont wird - staatseigene Mauer zu sprengen, zu desinformieren und die „paar umherfliegenden Mauersteine“ (Frankfurter Allgemeine) den bekanntlich Geisteskranken von der RAF, denen in ihrem pathologischen Haß alles zuzutrauen ist usf., in die Schuhe

zu schieben, wenn Lage und Lüge günstig sind? Ein Gesetz, das dies Loch deckt, wird sich schon gefunden haben. Größeres wird von den Sicherheitsgesetzen erwartet.

Natürlich ist die Haltung der FAZ altern, die das Loch verniedlicht, doch gleichzeitig hinter jedem Stein von Wackersdorf „reisende Schwerkriminelle“ sieht und den „Rechtsstaat“, vertreten durch Tausende prügeln und giftspeiender Bullen, am Zusammenbrechen. Albrecht hat das staatliche Gewaltmonopol gewahrt, nicht überraschend für einen, der damals

Folter zur Erzwingung von Geständnissen erwog. Jetzt gesteht er, voller Stolz: Sähe man die Anarchisten der Gesetzlichkeit am Werk, meinte Karl Kraus, erschienen einem die Bombenleger in milderem Licht. Wie auch die Grenzen zwischen Berufspolitikern und Berufsverbrechern verfließen, sah man anlässlich der Spendenaffären. Aber während wir die Brandstifter am Werke sehen und ihnen den Weltbrand zutrauen, sollten wir nicht in das kleine Mauerloch fallen, sondern es nur als Indiz sehen, zu was - wenn nicht zu allem - die Ehrenmänner fähig sind.

Heinz Jacobi

INHALTSVERZEICHNIS:

Wo geht's denn hier nach Tschernobyl? Strauß blickt nach Osten	Seite 3
Ein toter Polizist zur Verschärfung des Demonstrationsrechts?	Seite 6
Das deutsche SDI steht mitten in Bayern	Seite 9
Richter und Rechte: Denn sie wissen, was sie tun	Seite 16
„Und der Richter dort: zur Hetz“ Schwenkt er frech ein alt Gesetz, Mit ihm von der Hitlerei Spricht er sich und alle frei.“ B.B.	Seite 21
Strauß in Aktion	Seite 25
— Politikverbot für Ausländer	Seite 28
Antifaschisten in Aktion:	
— Das Tragen von blauen Hemden soll teuer werden	Seite 30
— Ein Soldat sorgt für Aufruhr	Seite 31

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM 15,-
☐ ein Förderabonnement DM 30,-

des DEMOKRatischen
INFORMATIONSDienstES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an: Heinz Jacobi,
Waltherstr. 28, 8000 München 2

Postcheckkonto Jacobi
München 28 82 65-809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch ungebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflussreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Kontaktadresse: Heinz Jacobi, Waltherstr. 28, 8000 München

V.i.S.d.P.: Christian Lehsten, Isartalsr. 24, 8000 München 5, E.L.S.

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee München und Regensburg

Wo geht's denn hier nach Tschernobyl? Strauß blickt nach Osten

Als erstes will er die Kontrolle über sowjetische Atomkraftwerke:

„Alle Staaten müssen sämtliche Störfälle, auch kleine Pannen und Lücken der internationalen Nachrichtenzentrale melden.“

Das fordert Strauß vor dem bayerischen Landtag am 14.5.86.

Natürlich gilt das nicht für die Anlagen in der BRD. Das wissen wir spätestens seit dem „Störfall“ vom 4.5.86, als aus dem Reaktor in Hamm radioaktives Material abgelassen wurde, das man den schlimmen Russen gleich mit in die Schuhe schieben wollte.

Zweitens werden - wenn es nach Strauß geht - die Kernkraftwerke da drüben sowieso bald abgeschaltet.

Wenn die Reaktoren der Sowjetunion nicht auf die „überlegene, westliche Taktik“ umgerüstet werden können, müssen sie sich „verpflichten, deren Betrieb einzustellen.“ (Strauß vor dem bayerischen Landtag s.o.)

Diese Maßnahmen sind nötig, weil ein „zweites Reaktorunglück wie in Tschernobyl“ ein „großer strategischer Sieg“ der Sowjetunion bedeuten würde, mit dem sie die „Obergewalt in Europa“ übernehmen könnte. Dadurch käme ein „rot-grünes Bündnis“ in Bonn an die Regierung. Dieser Umstand sei eine „Todsünde wider die Zukunft“ des deutschen Volkes. Für diese Globaleinschätzung der politischen Großwetterlage wurde Strauß im Bierzelt im Münchner Stadtteil Waldtrudering - einer Hochburg der CSU - stürmisch gefeiert. Ihr FJS hat ihnen wieder mal bestätigt, was sie eigentlich schon lange wußten: Nämlich, daß ihr schlimmster Feind in Moskau sitzt.

Der Eiertanz der Machthaber

Auf der einen Seite lassen sich die Strahlen aus Tschernobyl zwar hervorragend zur Hetze gegen die primitiven Untermenschen, gegen Planwirtschaft und Marxismus gebrauchen. Sie eignen sich wunderbar zur Ablenkung vom lebensgefährlichen CS-Gas Einsatz in Wackersdorf, vom Abbau der Demokratie, von der von Bonn und der Münchner Staatskanzlei begrüßten Bombardierung libyscher Städte.

Strahlen herübergeschickt von Kommunisten tragen angeblich die Verantwortung für künftige Krebstote, ruinieren die Bauern und Kleinhändler. Auf der anderen Seite aber hat Strauß den WAA-Kapitalisten Siemens, Hoechst, MAN usw. versprochen, für ein politisches Klima, für „politische Stabilität“ in Bayern zu sorgen, die den reibungslosen, verzögerungsfreien Bau der 11 Milliarden Anlage in Wackersdorf erlaubt.

Da passen die Strahlen aus Tschernobyl natürlich überhaupt nicht in's Konzept. Da hilft nur noch der Antikommunismus. Neben dem hinterfotzigen Versuch der Sowjets, in Bonn das „rot-grüne Chaos“ an die Macht zu hieven, ist am Unglück von Tschernobyl natürlich das „menschenverachtende kommunistische System“ (BK, 23/86) schuld. „Gescheitert sei nicht die moderne Naturwissenschaft, sondern die politische Utopie des Marxismus“. (Strauß, 12.5.86 in München; nach SZ vom 13.5.68). Für Geißler handelt es sich bei dem ukrainischen Kraftwerk sogar um einen „typischen Reaktor der proletarischen Revolution“ und er ruft zum „internationalen Widerstand auf gegen eine Ideologie, die aus wirtschaftlichen Gründen Gesundheitsgefährdungen in



Wahlplakat 1952

Kauf nehme" (SZ, 13.5.86). (Was ja Gott-sei-Dank bei uns nicht vorkommt außer 4000 Toten und 1,8 Millionen Verletzten jährlich bei Arbeitsunfällen, nicht eingerechnet die Krebstoten durch den Kontakt mit krebserregenden Industriestoffen am Arbeitsplatz oder durch giftige Emissionen. Aber das kann ein ehemaliger Gesundheitsminister ja nicht alles wissen.)

Nachdem der faschistische Überfall auf die Sowjetunion am Widerstand der Roten Armee gescheitert ist, wittert Geisler jetzt wohl die Chance, den Traum, den Strauß schon 1956 geträumt hat, Wirklichkeit werden zu lassen: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, indem die vereinte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.“ (NN, 13.1.56)

Widerstand gegen ein politisches System, das der Ausbeutung durch den deutschen Imperialismus verschlossen ist, das den Befreiungsbewegungen der Entwicklungsländer mehr zusagt als die Segnungen des US- oder BRD-Imperialismus, hat Strauß schon im letzten Jahr anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus oder wie Strauß und seinesgleichen es nennen der „Kapitulation“ des 1000-jährigen Reiches als „moralische Aufgabe des deutschen Volkes“ erkannt: als den „Einsatz für Freiheit, Recht und Frieden für alle Völker Europas“. (BK, 18/85)

„Sozialistische Geheimniskrämerei“

Bei der geistigen Mobilisierung gegen die Sowjetunion ist ihm die „freie“ Presse eine geradezu selbstlose Stütze. Beileibe nicht nur die Bildzeitung, nein auch sogenannte seriöse Blätter wie die SZ oder sogar liberale Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau oder der Spiegel oder sogar die „linke“ taz stimmen unaufgefordert in den Chor der Hetzer und Herrenmenschen mit ein.

Von der gesamten freien Presse wird die von der Sowjetunion angegebene Zahl der Todesopfer gelehnet. Von 30 000 (Bild) über 2 000 bis 3 000 (FR) pendelt sich die SZ bei 200 bis 300 ein, während die taz vom Zählen absieht, aber behauptet, daß die sowjetische Führung versucht haben könnte, die Opfer zu verstecken und „Hunderte vorsätzlich in den Strahlentod geschickt wurden“. (taz, 13.5.86)

Auch das dummdreiste Geschwätz von den „ahnungslosen Helden“, den Feuerwehrlenten, die unter Einsatz ihres Lebens die Folgen der Katastrophe einzudämmen versuchten, unterstellt, daß diese Menschen zu „blöd“ sind, zu wissen, daß sie sich tödlicher Strah-

lung aussetzen. Daß Rußland das „Reich des Bösen“ ist und seine Bewohner „primitive Untermenschen“ sind, wird seit dem Oktober 1917 immer wieder aufgewärmt.

Da Tschernobyl „leichenmäßig“ für die sensationslüsterne Presse „leider“ nicht viel hergegeben hat, wurde um so mehr ausgeschlachtet die „freie Souveränität von Diktatoren, die keine Informationspflicht dem Ausland gegenüber hat, noch nicht einmal die Pflicht anerkennt, seine eigenen Bürger früh, ausführlich und korrekt zu informieren.“ (Stern, 20/86) Soll das heißen, daß die „Diktatoren“ den Menschen ihre eigene Evakuierung verschwiegen haben? Das ist doch so in der Sowjetunion: Da werden 100 000 nächtens auf Lastwagen geladen und keiner sagt ihnen, warum und wohin. Das will uns der Stern doch vermitteln oder? Da befindet er sich aber in „bester“ Gesellschaft: In der Sowjetunion sei „eine Informationsblockade verhängt worden, um die eigene Bevölkerung in Sicherheit zu wiegen und um keinen Zweifel an der Unfehlbarkeit des ideologiestützten Systems aufkommen zu lassen“ (BK, 21/86). Das lügt Strauß am 14.5.86 vor dem bayerischen Landtag zu einer Zeit als die Medien zwar etwas geniert zugeben mußten, daß die Sowjetmenschen doch informiert sind. Ein Beispiel: FR vom 13.5.86: „Der sowjetische „Umweltminister“ Israel hat dieser Tage, allerdings sehr unauffällig, vor dem Verzeh von verseuchten Produkten gewarnt.“ „Auffällig“ ist hier nur, daß die FR sich herausnimmt, den sowjetischen Umweltschutzminister in Anführungsstriche zu setzen, da loben wir uns doch den Umweltschutzminister in unserer sauberen BRD. Walter Wallmann ist verantwortlich für die Säuberung von Frankfurter Straßen von Antifaschisten, auch wenn es dabei Tote gibt. Wie der Herr Israel „unauffällig gewarnt“ hat, mag sich der DID-Leser selber vorstellen.

Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!

Wer sind wir eigentlich, daß wir uns den Mund zerfetzen über innere Angelegenheiten der Sowjetunion, über ihren Informationsgrad, ihre Energiepolitik usw.

Das Sowjetvolk hat bewiesen, daß es willens und in der Lage ist, seine Geschichte selbst in die Hand zu nehmen, Regierungen, die ihm schaden, zum Teufel zu jagen. Und wir Deutsche? Wir haben bisher perfekt vollendet nur die faschistische Diktatur. Abschaltung aller Atomkraftwerke in der Welt, das forderten die jüngsten Demonstrationen. Kontrolle über die sowjetischen Kraftwerke, das fordern Reagan und Kohl in Tokio. Die

Bayernwerke, in deren Aufsichtsrat Strauß, der bayerische Wirtschaftsminister Jaumann, der Rüstungsfabrikant Rodenstock sitzen, fordern als Konsequenz aus Tschernobyl „deutsche Sicherheitsstandards zu exportieren. Der Hauptabteilungsleiter für Kernkraftwerke, Gerhard Knörzer äußerte freilich Zweifel, ob dies möglich sein werde. Vor allem im Blick auf die Sowjetunion habe er große Sorge, daß das Niveau der Wartung, die Einstellung des Personals zu seiner Aufgabe ...“ (SZ, 7./8.5.86).

Wie wäre es, wenn wir diesen Herrenmenschen erst einmal das Handwerk legen. Ihnen die Errichtung von Plutoniumfabriken aus der Hand nehmen, bevor wir uns mit Reagan und Kohl in die Angelegenheiten fremder Völker einmischen und deren Atomkraftwerke abschalten.

Die „freie“ Presse strahlt

Vor fast sechs Jahren warf der Faschist Gundolf Köhler eine Bombe, die außer ihm 12 Menschen tötete und über 200 z.T. schwer verstümmelte. Erinnern wir uns an die Lenkung der „freien“ Presse durch die verantwortlichen bayerischen Politiker. Strauß am Tatort: „Man mußte jetzt ein Flugblatt verfassen, das nur eins zeigt: Baum im Gespräch mit Mahler.“ (Baum, FDP, war damals Bundesinnenminister und Mahler mutmaßliches Mitglied der RAF.)

Die Rechtspresse, einschließlich der Springerpresse schwenkte auf die Strauß-Linie ein und verdächtigte die Linke. Nachdem aber der Mitgliedsausweis Köhlers für die Wehrsportgruppe Hoffmann am Tatort gefunden worden war, wurde aus dem Bombenanschlag die Tat eines harmlosen Spinners, eines Einzeltäters, der natürlich nichts mit organisiertem Neofaschismus, nichts mit den „Hilfstruppen“ von Strauß, „mit denen man nicht zimperlich sein darf“ gemein hat.

Ein faschistisches Attentat, 12 Tote, über 200 Verletzte bleiben ungesühnt. Aber - so wird der Leser einwenden - die Bombe vom Oktoberfest strahlt doch nicht. Und wie sie strahlt. Indem Faschisten verarmlost und geduldet werden, werden Herzen und Hirne der Menschen in unserem Land verseucht: Da brennen Häuser und sterben Menschen. Sieben Türken sterben bei einem Brand in Duisburg. Zwei Vietnamesen sterben bei einem Anschlag auf ein Hamburger Asylantenheim, zwei Menschen knallt der Nazi Oxner in einer Nürnberger Diskothek ab mit dem Schrei: „Ich schieße nur auf Türken.“ In Hamburg jagen Skins drei türkische Arbeiter und erschlagen einen von ihnen.

Der eher liberale Journalist Herbert



Wiederaufleben der Studentenbewegung, wie die taz meint? Während 1974 noch die deutsche Reaktion auf den Kehrichthaufen der Geschichte landen sollte (Bild oben in Westberlin), waren es 1986 nur noch Salat und Rhabarber, die vor dem Frankfurter Rathaus auf einen Haufen geworfen wurden.



Riehl-Heyse macht sich völkerrechtliche Gedanken über Schadensersatzforderungen. Daß ein Zimmermann bei solchen Überlegungen nichts empfindet, ist klar. Aber muß es einem Riehl-Heyse nicht die Schamesröte in's Gesicht treiben angesichts der 20 Millionen Menschen, die der Faschismus allein in der Sowjetunion gemordet hat. Auch der taz Leser wird nicht

rot, der die UdSSR auf Ersatz für seine verlorengegangene Lebensfreude verklagen will. (Ob die sich schon mal Gedanken gemacht haben über die Lebensfreude der Mütter, Väter, Kinder, Männer und Frauen der 20 Millionen?)

Am 10.5.86 sollte in München eine Demonstration stattfinden unter dem Motto: „Mit Polizeiterror zur Atom-

bombe“. Sie sollte sich gegen die Methoden wenden, mit denen Strauß, Zimmermann und Hillermeier die WAA durchzusetzen gedenken, mit denen sie die „politischen Verhältnisse in Bayern stabilisieren“ wollen: Gegen den Einsatz des Kampfgases CS, gegen Übergriffe der Polizei, gegen Bombardierung der Bevölkerung mit Gasgranaten, gegen den Einsatz von Bundesgrenzschutzsoldaten wie im Bürgerkrieg.

Diese lang vorbereitete Demonstration fand nicht statt. Sie wurde verhindert durch eine Demonstration unter der Losung: „Tschernobyl ist überall“!

Nein, hier ist nicht Tschernobyl!

Hier ist Kriegsvorbereitung und Abbau der Demokratie.

Hier ist die chauvinistische Hetze von Strauß gegen die Sowjetunion, die nicht nur die Marschrichtung - nach Osten - angibt, sondern auch demokratische, kritische Menschen und Atomkraftgegner als „willenlose Marionetten des Kremls“ diffamiert. Alle die Menschen, die aus Angst vor den Strahlen am 10. Mai auf die Straße gegangen sind, hätten sich viel mehr geholfen, wären sie genauso zahlreich gegen Strauß auf die Straße gegangen.

„Die Uni lebt - wie in bewegten alten Zeiten / Seit die Strahlenwolke aus Tschernobyl kam, bat Frankfurt wieder eine Studentenbewegung“ - jubelt die taz. Daß damals die Studenten gegen die Notstandsgesetze, gegen Kriegsvorbereitung im Innern auf die Straße gegangen sind, daß sie es geschafft haben, daß ein Bundeskanzler Brandt das inzwischen geflügelte Wort verkünden mußte. „Mehr Demokratie wagen!“ Daß damals Teile der Arbeiterschaft mit den Studenten zusammengegangen sind, daß Arbeiter einen politischen Streik gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze führten, das alles ist vergessen. Hauptsache, es ist was los. Der Inhalt ist wurscht, selbst wenn sich die Studenten jetzt damit beschäftigen, die Becquerel im Kopfsalat zu zählen. Ein Grund zum Jubeln?

Nicht das Atom, nicht die radioaktiven Strahlen sind unsere Feinde! Unsere Feinde sind die, die für den Profit von Siemens, Hoechst usw. gegen den erklärten Willen des Volkes die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf bauen, die zu deren Durchsetzung Massenverhaftungen vornehmen, die Befugnisse der Polizei unrechtmäßig erweitern, die mit der Verschärfung des § 125 gegen den Landfriedensbruch jede mißliebige Demonstration verhindern wollen (siehe DID, Nr. 60).

Die sind unsere Feinde, die für ihre

undemokratischen und kriegerischen Ziele die Faschisten dulden und salonfähig machen und die rassistisches Gedankengut verbreiten. Diejenigen sind unsere Feinde, die, um die Ruhe an der Heimatfront zu sichern, ihre Polizei auffordern, in Menschenmengen zu schießen, so wie es der bayerische

Innenminister Hillermeier nach der Pfingstdemonstration getan hat. (Siehe auch: Bayerisches Polizeiaufgabengesetz, Art. 45-47, vom 24.8.78) Unsere Feinde sind die, die seit Bestehen der BRD alles daran gesetzt haben, in den Besitz der Atombombe zu gelangen (siehe DID, Nr. 61) und

die sie auch einsetzen werden, wenn wir es nicht verhindern.

Legt Siemens, Hoechst usw. das Handwerk!

Weg mit den Kriegshetzern in Bonn und München!

Strauß, Zimmermann und Kohl: Hände weg von der Sowjetunion!

Ein toter Polizist zur Verschärfung des Demonstrationsrechts?

„Ein Wunder, daß es in Wackersdorf bisher keine Toten geben hat“. (Strauß). Den Tod von Demonstranten kann Strauß dabei ganz offensichtlich nicht gemeint haben, denn von ihnen wurden bereits zwei auf dem Baugebiet getötet. Eine 63-jährige Frau erlitt bei einem Polizeieinsatz einen solchen Schock, daß sie an einem Herzanfall starb. Ein asthmakranker Mann starb nach einem CS-Gas-Angriff.

Tote Polizisten

muß er dann wohl gemeint haben, als er sich kürzlich vor der Landesversammlung des CSU-Arbeitskreises Polizei über die fehlenden Toten wunderte. Allerdings ein Wunder!

Da wird in Wackersdorf seit Monaten der Krieg gegen das Volk geführt: Massenverhaftungen, brutalste Schlagstockeinsätze und Räumungsaktionen, Einsatz von CS-Gas, das laut Genfer Konvention im Krieg geächtet ist und schwerste Gesundheitsschäden (Krebs) verursacht. Zudem Bombardements mit Gasgranaten oder wie jüngst der Einsatz von Blendschockwurfkörpern, wie sie die GSG 9 früher nur bei Einsätzen gegen Terroristen verwendete. Einem Demonstranten wurde damit die Hand zerfetzt.

Mit diesen ständigen Provokationen wird das Volk, das die WAA nicht haben will, bis aufs Blut gereizt. Selbst ein so biederer Provinzblatt wie die Regensburger „Woche“ spricht von „als unnötig und ungerecht empfundenen Maßnahmen, (die) den Haß regelrecht geschürt haben“. Diese Wut und Erbitterung hat Hillermeier mit seiner Forderung nach Schußwaffengebrauch noch viel mehr angeheizt. Es liegt auf der Hand, daß die ganzen Provokationen nur dazu dienen sollen, daß etwas passiert.



Pfingsten in Wackersdorf: Ein Molotowcocktail landet zwischen Polizisten.

Was wäre wenn ...

es zu Pfingsten den toten Polizisten doch noch gegeben hätte? So unwahrscheinlich war das nicht, denn entgegen den sonst üblichen Großeinsätzen wurden ausgerechnet nach Tschernobyl nur ca. 1000 Polizeibeamte eingesetzt, die zudem noch in kleinste Gruppen aufgesplittet, in die durch Wasserwerfer und Giftgasgranaten

aufgebrachte Menschenmenge geschickt wurden. Weiter wurden viele ganz junge Polizisten eingesetzt, die erst seit einem halben Jahr in Ausbildung waren (z.B. ausgerechnet für die Bewachung eines Polizeibusses, der, ansonsten funktionslos, als Zielscheibe in die Prarie gestellt wurde). Mit dem Tod eines Polizisten wäre ein Zustand herbeigeführt, in dem sich die



Mit massivem Einsatz behinderte die Polizei am 7.6. die Anfahrt von Tausenden von Demonstranten zum Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf. Sie griff z.B. einen stehenden Fahrzeugkonvoi der Demonstranten an, zerschlug gezielt die Scheiben der Autos, trat Türen ein, zerstörte reihenweise Autoreifen und prügelte viele Menschen krankenhausreif.

Kein Wunder, daß am nächsten Tag, Sonntag, den 8.6. sich Tausende in der Hamburger Innenstadt zusammenfanden, um gegen diese Einschränkung ihres Grundrechts zu protestieren: juristisch gesehen ganz klar ein Fall von spontaner Demonstration, denn angemeldet werden konnte da schließlich nichts mehr.

Anders dazu Innensenator Lange: „Nein, das war keine spontane Demonstration, sondern ein vorher verabredeter, nicht angemeldeter Aufzug, dessen Erscheinungsbild auf Gewalttaten schließen ließ.“ (Spiegel, 16.6.86) Damit legitimiert Lange einen üblen Polizeieinsatz, womit für die Demonstranten ihr Grundrecht ein zweites Mal zur Strecke gebracht wurde, indem man sie gleich in Vorbeugehaft nahm.

Eng gedrängt und eingekesselt von der Polizei mußten 600 Menschen bis zu 12 Stunden auf dem Hamburger Heiligengeistfeld ausharren. Sie bekamen nichts zu essen und zu trinken. Sie mußten in aller Öffentlichkeit und vor den Augen hässlich grinsender Polizisten pinkeln und scheißen.

Dazu schreibt der Spiegel vom 16.6.86: „Die Kesseltaktik der Polizei, mit der Hunderte von Kernkraftgegnern festgesetzt und ihrer Freiheitsrechte beraubt wurden, ist beispiellos in der westdeutschen Demonstrationsgeschichte.“
Nein! Sie ist nicht beispiellos!

Die Premiere dieser besonders delikaten Art der Menschenverachtung und Freiheitsberaubung fand natürlich - wie kann es anders sein - in Bayern statt. Der Pressesprecher der bayerischen Grünen, Hans D. Reichhelm war dabei, als - von den Medien wenig beachtet - am 16. Dezember im Taxöldener Forst bei der 1. Räumung des Hüttendorfes, 800 Kernkraftgegner bis zu 12 Stunden lang in Kälte und Schlamm von der Polizei eingekesselt festgehalten wurden. Die weiteren Bedingungen waren die gleichen wie in Hamburg.

Da dieser Vorfall in der Öffentlichkeit kaum bekannt war, versuchte die CSU die Sache für sich auszunutzen. Ende März erschienen in den Oberpfälzer Zeitungen halbseitige Anzeigen, sogenannte „Informationen der Bayerischen Staatsregierung“, in denen es u.a. hieß: „Harmlose Demonstranten? ... Um die Polizei zu provozieren, verrichteten im Hüttendorf Frauen und Männer ihre Notdurft vor den Füßen der Polizeiposten.“ Pfuui Teufel!

jetzt geplanten Gesetzesverschärfungen, nach denen Strauß, Zimmermann und Hillermeier schreien, ganz anders durchsetzen ließen. Ein toter Polizist könnte auch ein Umschlagen der Stimmung innerhalb der Bevölkerung bewirken, die kommenden Landtagswahlen in Bayern stark beeinflussen.

Strauß befürchtet erhebliche Stimmverluste, wie seine Aufregung darüber kürzlich zeigte, daß in der Oberpfalz die Polizei nicht in der Lage sei, „die massiv gestörten CSU-Veranstaltungen zu schützen.“ Diese Methode hat sich bereits bewährt. So war die Schleyer-Entführung der ideale Anlaß, um wesentliche demokratische Rechte unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“ abzuschaffen. Diese Rechte fehlen uns heute. So wurde damals durchgesetzt, daß ein Verteidiger im gleichen Verfahren nicht mehrere Personen gleichzeitig vertreten kann. So viele Verteidiger wären aber gar nicht aufzutreiben um allen, in der letzten Zeit auf dem WAA-Gelände Festgenommenen, einen Anwalt zur Verfügung zu stellen.

Zimmermann stellte in Bonn von der Polizei gesammelte „Chaotenwaffen“ aus, um mehr Hubschrauber, Wasserwerfer und schärfere Gesetze zu fordern. Ein toter Polizist wäre sein sicherstes Argument gewesen.

Strauß schlägt zu

Seine Konsequenzen aus den Pfingstereignissen: Er verspricht der bayerischen Polizei eine „erhebliche Verstärkung“, sowie zusätzliche Hundertschaften für die bayerische Bereitschaftspolizei. (Strauß: „Das Risiko für die Gewalttäter muß bei den Auseinandersetzungen größer sein, als für die Polizisten, die den Staat verteidigen“, SZ vom 9.6.86). Der bayerische Bundesgrenzschutz wird um 1000 Mann verstärkt. Zusätzlich fordert er mehr und neue GSG 9 Einheiten auf dem WAA-Gelände. Die GSG 9 wurde unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung aufgebaut. Jetzt wird sie gegen das Volk eingesetzt. Logisch, denn der Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Rosenbauer, sagt: „Die bayerische Polizei kämpft in Wackersdorf nicht mit bemitleidenswerten Chaoten, sondern mit dem Terroristenreservoir der RAF.“ (FR, 7.6.86).

Weiterhin will Strauß das Haftrecht verschärfen, weil die Polizei derzeit die festgenommenen Täter „gleich wieder auf freien Fuß setzen“ müsse. Straußzögling Sauter (JU-Vorsitzender) ruft mit der Forderung nach Kopfgeld für gesuchte Demonstranten zur Menschenjagd auf. Auch dafür ist bereits gesorgt: mit der Anwesenheit von Staatsanwälten „am Ort des Geschehens“ wird eine Schnellgerichtsbarkeit praktiziert, die jede effektive Strafver-

teidigung ausschaltet.

Mit der Forderung nach Schußwaffengebrauch werden jetzt Tote vorbereitet. Man soll sich daran gewöhnen, daß die Polizei in Menschenmengen schießt. Gesetzlich ist das schon seit 1978 abgesichert, seit der Verabschiedung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (PAG). Es erlaubt sowohl den gezielten Todesschuß (auch auf Kinder unter 14 Jahren), als auch den Einsatz von Maschinengewehren und Handgranaten (Art 45 bis 47).

Dieser Einsatz erfordert nach PAG die Zustimmung des Innenministers. Und genau dieser schreit heute nach dem sofortigen Schußwaffengebrauch.

Die CSU schafft oder findet immer einen Vorwand, um verfassungsmäßig geschützte Grundrechte abzuschaffen und das Demonstrationsrecht außer Kraft zu setzen. Bayern will im Alleingang Gummivuchtschüsse einführen und der alte Landfriedensparagraph soll wieder her: sämtliche Demonstrationen gegen die WAA sollen kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt werden. Wenige Steineschmeißer sollen der Polizei den Vorwand dafür liefern, daß Massendemonstrationen aufgelöst oder zusammengeknüpelt werden dürfen.

Demonstrationsverbot durchbrochen

Die Demonstration der WAA-Gegner vom 7.6. wurde kurzerhand verboten. Allein in Wackersdorf waren an diesem demonstrationsverbotenen Samstag 3300 Polizisten im Einsatz, darunter 36 Beamte der Sondertruppe GSG 9, acht Hundertschaften des BGS, 3 Polizeihundertschaften aus Baden-Württemberg, 2 aus Rheinland-Pfalz, eine aus dem Saarland und neun aus Bayern.

Trotzdem demonstrierten 30 000 an diesem Wochenende und erkämpften so einen Sieg über Strauß und die CSU-geführte bayerische Staatsregierung. Wir dürfen uns unser Recht nicht nehmen lassen. Die Verantwortlichen für die brutalen Polizeiüberfälle und die Planer der nächsten Anschläge auf die Demokratie sitzen in der CSU und in der bayerischen Staatskanzlei. Unser Gegner ist Strauß, der die Interessen der alten und neuen Kriegstreiber gegen das Volk durchsetzen will.



„Nichts politisiert mehr als ein Gaseinsatz“, sagt Franz Schwinghammer, Rechtsanwalt aus Regensburg. Er berichtet von zwei Jungsozialisten aus Cham, die mit ihrem Vater - ehemaliger Förster, sechzig Jahre alt, CSU-Wähler - wegen der WAA ewig im Streit lagen. Im Januar überredeten sie ihn, das Baugelände zu besuchen. Er konnte mit den Besetzern im Hubschrauberkrach jedoch kaum diskutieren. Zu Ostern bekam er seine erste CS-Dusche, zu Pfingsten mußten die Söhne ihren Vater zurückhalten, als er daran ging, mit seinem Spazierstock auf das Führerhaus eines Baufahrzeuges einzudreschen. „Da sieht man den Wandel“, sagt Schwinghammer. (Die Zeit, 6.6.86)



Der Bauzaun in Wackersdorf: eine sichere Festung, die nur mit schwerstem Gerät zu knacken wäre. Dennoch werden immer wieder kleine Polizeitrupps gegen die von Wasserwerfern und Gasgranateneinsatz aufgebrachte Menschenmenge losgeschickt.

Das deutsche SDI steht mitten in Bayern

„Der Krieg der Sterne (hat) längst begonnen“ sagte Bayerns Ministerpräsident und könnte damit den ersten deutsch/französischen Spionagesatelliten gemeint haben, der die alleinige Präsenz der „Supermächte“ – der „Bipolarisierung im Kosmos“ (Strauß) – ein Ende bereiten soll. Strauß ist der härteste Verfechter einer SDI-Beteiligung, härter als manche deutsche Industrievertreter. Hat er den Kapitalismus rechts überholt? Gleichzeitig spricht er viel von der zivilen, wissenschaftlichen Bedeutung der Beteiligung. Ist SDI ein ziviles Projekt – ist Strauß ein müder Krieger geworden? Die SPD spricht von EUREKA, als der zivilen Alternative zu SDI.

Was ist SDI ?

Gemacht wurde daraus die Vision eines im Weltraum stationierten Schutzschildes gegen interkontinentale Atomraketen. Vertrauenerweckend für die, die glauben, daß sich die USA vor Angriffen schützen muß, wenig vertrauenerweckend für die, die glauben, daß die USA im Schutz dieses Schildes gegen den Rest der Welt losschlagen wird und ebenfalls wenig vertrauenerweckend für die, die glauben, daß sich so viel Rüstungswettlauf verselbstständigt und den Krieg ohne menschliches Wollen produziert.

Tatsächlich ist SDI entstanden, als der Versuch einer US-Initiative gegen das Vordringen der japanischen und europäischen Konkurrenten am Weltmarkt, eine Antwort auf die etwas kleinere japanische Forschungsinitiative „5th Generation“ und die noch kleineren europäischen Projekte „Esprit“, „Cern“ etc.

1983 hat die US-Regierung eine Kommission einberufen, die die „industrielle Wettbewerbsfähigkeit“ der US-Regierung untersuchen sollte. Das Ergebnis wurde als „Young-Bericht“ vorgelegt. Er bescheinigt den USA, daß sie die weltweit führende Wirtschaftsmacht ist – aber nicht mehr lang: „Die Führung der USA im Weltmarkt ist im Niedergang begriffen ... Sogar unsere Spitzenstellung im Bereich der high technology schwindet ... in den Bereichen der high technology (...) haben die USA in sieben von zehn Sektoren den führenden Weltmarktanteil verloren.“

In Bereichen der alten Technologien wie Stahl, Automobilbau, aber auch Atomkraftwerke haben die USA den



**Technologisch
immer vorn.
Siemens.**

Siemens wirbt in der Zeitschrift „Soldat und Technik“ (Mai 86) für Mikro-Chips.

Anschluß an Weltstandard längst verloren und versuchen sich mühsam wieder einzukaufen. So sind in den USA sieben neue Automobilfabriken aus dem Boden gestampft worden, jeweils mit einer 50 % Beteiligung der Japaner, so General Motors mit Toyota, Chrysler mit Mitsubishi, Ford mit Toyota-Kagyo und so weiter. Die technischen Anlagen dieser „Roboterfabriken“ stammen allerdings 100 % aus Japan.

In den USA gibt es kaum mehr Bestellungen neuer Kernkraftwerke. Den Elektrizitätsunternehmen ist die Atomkraft schlicht zu teuer. Ein Kernkraftwerk in der 1000 Megawatt-Klasse kostet mehr als doppelt so viel wie ein gleich großes Kohlekraftwerk – eine Differenz, die durch den billigeren Atombrennstoff nicht wett gemacht wird. Der Grund für die schlechten Wettbewerbschancen amerikanischer Kernkraftwerke sind lange Bau-

zeiten und geringe Verfügbarkeit. Während in der USA jedes Kernkraftwerk einzeln geplant und errichtet wird, hat die bundesdeutsche Atomindustrie Pläne und Bauteile teilweise standardisiert – liefert quasi von der Stange. Der Effekt: die Bauzeit amerikanischer Kernkraftwerke ist etwa doppelt so lang (10 Jahre) wie in der BRD. Und was lange währt ist nicht unbedingt besser. Bei der mittleren jährlichen Verfügbarkeit liegen US-Kraftwerke (60 %) zwischen Indien (40 %) und der BRD (über 80 %). (Siehe Spektrum der Wissenschaft 5/86).

In einigen Bereichen der high technology sind die USA noch führend z. B. in den Bereichen Supercomputer, Software und Mikroprozessoren. Doch genau auf diese Bereiche zielt das „5th Generation-Projekt“ der Japaner. Die Zielseten des japanischen Forschungsprojekts im Bereich der Großrechner

und Computerprogramme („Künstliche Intelligenz“) haben die amerikanischen und europäischen Entwicklungsmanager in den Großkonzernen hektisch werden lassen: die Politiker sollten eingreifen, die Japaner sich einer freiwilligen Exportbeschränkung unterziehen etc. In der BRD hat sich Siemens mit ordentlichen Subventionen aus dem Forschungsministerium das „Mega-Chip-Projekt“ fördern lassen – und dann die Technologie aus Japan gekauft. Auch Siemens will konkurrenzfähig werden und hat angekündigt, daß Siemens 1989 den 4-Mega-Chip gleichzeitig mit den derzeitigen Marktführern IBM und Toshiba auf den Markt bringen wird. Das Mega-Projekt kostet etwa 1,4 Milliarden Mark, 20 %

hat das Bundesforschungsministerium gezahlt. (Frankfurter Rundschau 10. 12. 85).

Seit den jüngsten Raketenflops der USA ist auch diese „Spitzenstellung“ angeschlagen – doch dazu später mehr.

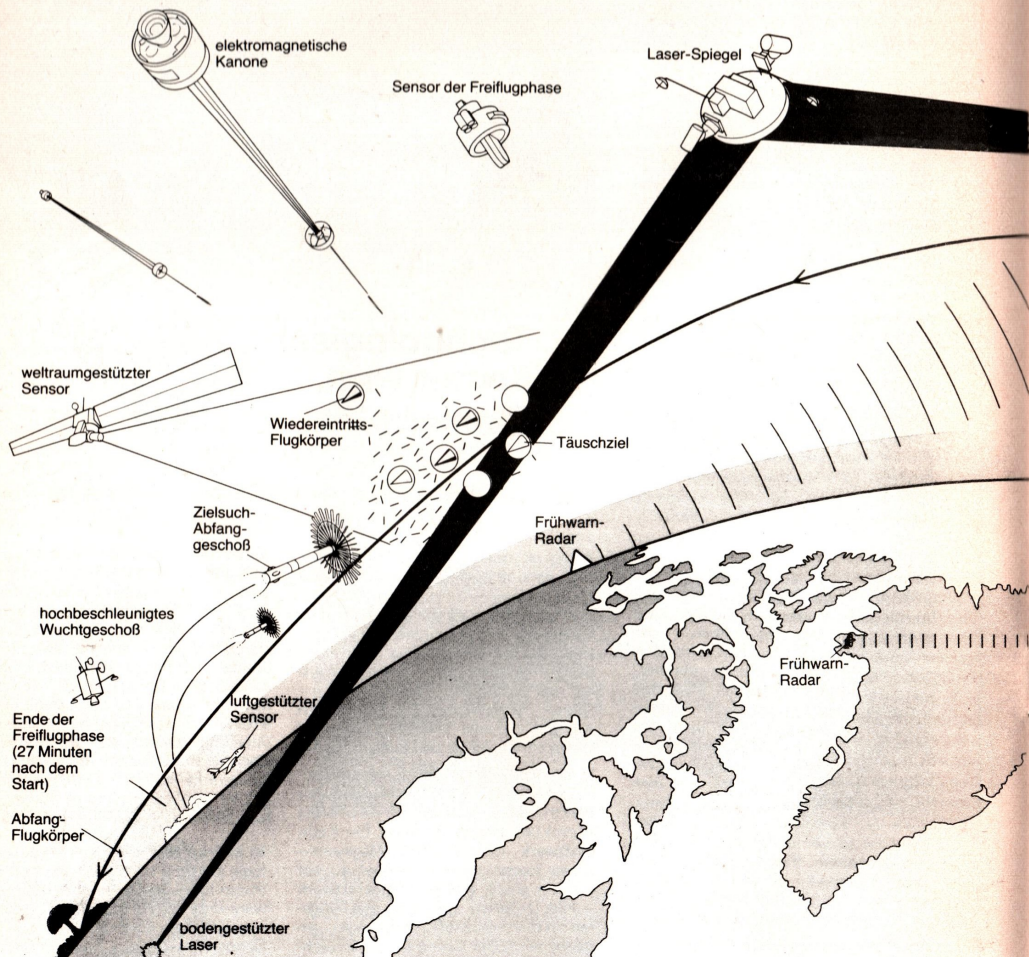
Was wird bei SDI geforscht ?

Was sind die Technologien, die bei SDI geforscht werden? Die SDI-Forschung beschränkt sich nicht auf Raketen und Laser, es geht um alle wesentlichen Sektoren des Weltmarktwettbewerbs in High-Tech: Laser, Computer, Software, Chip-Technologie, Materialtechnik, Biotechnik, Optoelektronik, Energietechnik, Laserkommunikation, Roboter, Computerkommunikation

usw. Geschätzte Kosten für das größte Forschungsvorhaben aller Zeiten: 500 Milliarden bis 1,25 Billionen Dollar für Forschung und Entwicklung, dem dann die riesigsten Produktionsinvestitionen in der zivilen und Rüstungsge-schichte folgen sollen.

Kein Wunder, daß Strauß warnt:

„SDI ist der Treibriemen, der der amerikanischen Industrie den dritten Investitionsaufschub nach dem zweiten Weltkrieg geben wird. Der erste Schub erfolgte durch das Manhattan-Projekt (Atombombe), mit dem das Nuklearzeitalter begann. Der zweite Schub (...) erfolgte durch das Apollo-Projekt (Mondlandung) mit seinen vielfältigen Auswirkungen auf Metallurgie, die



Das SDI-Konzept unterteilt den Flug angreifender atomarer Flugkörper in vier Phasen. Die erste Phase ist der Raketenstart. Durch das heiße Triebwerk ist die Rakete leicht zu orten, doch diese Phase dauert nur wenige Minuten. In der

zweiten Phase befindet sich die Rakete in freiem Flug, es sind aber noch alle Sprengköpfe in der Rakete (Bus). In der dritten Phase werden die Sprengköpfe zusammen mit Täuschzielen aus der Rakete ausgestoßen und fliegen alleine

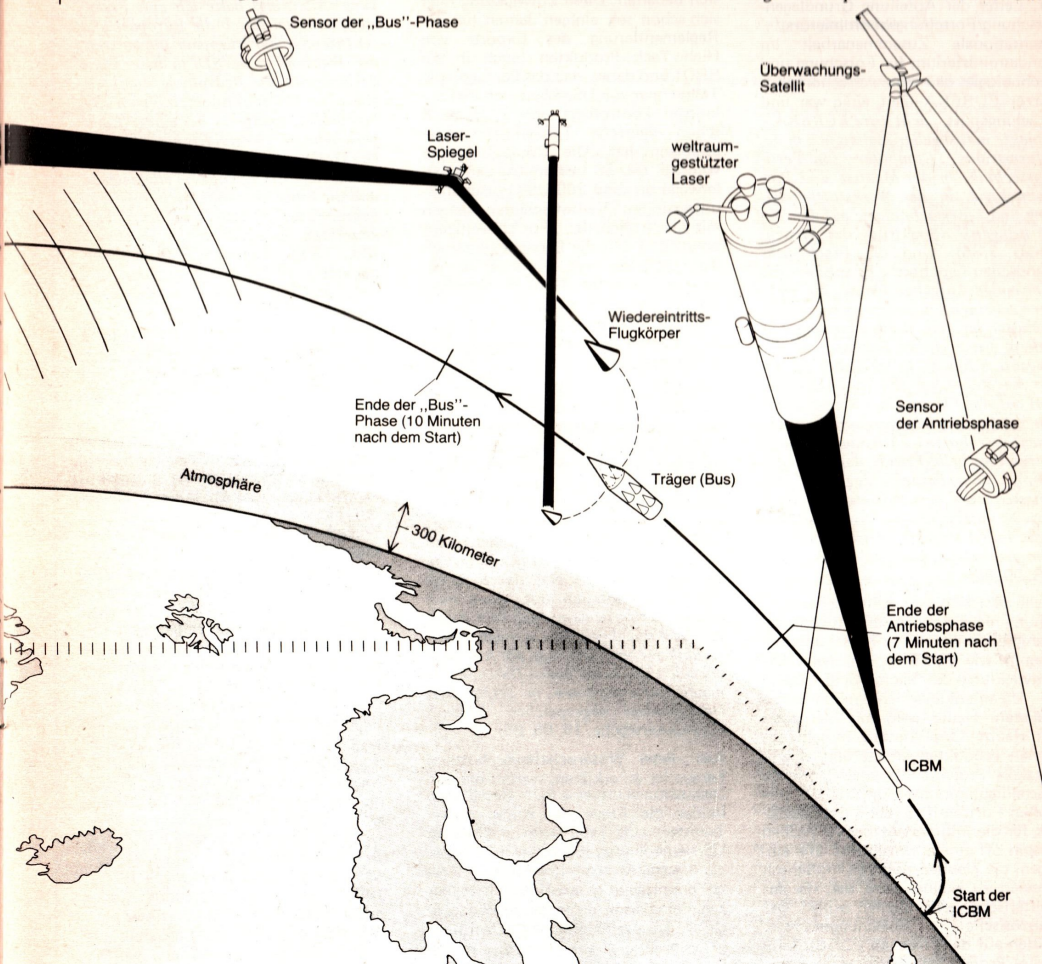
Computerentwicklung und vieles andere. (...) Der dritte Investitionsschub, den SDI auslöst ist noch genauer vorbedacht. Mit ihm werden technische Entwicklungen vorangebracht werden:

Bei Sensoren, die wichtig sind für Robotik, Meß-, Steuerungs- und Regeltechniken; bei Computern der fünften und weiteren Generation; bei Transportern für den Weltraum ... Wenn wir unsere Forscher an Amerika verlieren, weil wir ihnen nicht die Möglichkeit geben, am kühnsten Forschungsprojekt der Menschheit mitzuarbeiten (...), wäre Europa der wissenschaftlich-technischen Herausforderung aus dem amerikanischen-pazifischen Raum schon bald nicht mehr gewachsen und würde auf das Niveau zweitrangiger industrieller

Produktion zurückfallen.“ (Bayernkurier 30. 11. 85)

Es sind also nicht nur die US-Konzerne, die um die Führung am Weltmarkt bangen, es sind genauso die Deutschen und auch den Japanern geht es um das größte Stück am Weltmarktkuchen. Angesichts der starken Konkurrenten fühlt sich die BRD zu klein. Strauß: „Wir sagen ja mit voller und stolzer Überzeugung, daß Bayern unsere geliebte Heimat, unser schöner Freistaat ist; die Bundesrepublik Deutschland unser demokratischer Rechtsstaat und ganz Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft ist.“ So gesprochen auf der Siemens-Prämie von HICOM (einer Kommunikations-

Technologie) am 12. 12. 84 in München. Strauß wurde dann auch konkreter, beklagte die mangelnde Einigung Europas und forderte Handel und Industrie auf, den Einigungsprozeß voranzutreiben. Dann rühmte er sich seines europäischen Airbusprojekts und kommt wieder auf den Hauptkonkurrenten zu sprechen, nämlich, daß der Airbus „eine beachtliche Stellung auf dem Weltmarkt erobert hat und damit verbindet hat, daß der amerikanische Konkurrent in Kürze ein Monopolanbieter sein würde. (...) Die Tatsache, daß Siemens und Phillips soeben bei den Microchips im Megabit Bereich eine Forschungs- und Entwicklungsphase eingegangen sind, war und ist ein Signal. Europäische Unternehmen sind



weiter. In der Endphase treten die Flugkörper in die Atmosphäre ein. Dabei verglühen die Täuschziele. Für jede dieser vier Phasen gibt es ein eigenes Abwehrkonzept. Die gesamte

Flugzeit der Sprengköpfe dauert weniger als 30 Minuten, bei U-Boot-gestützten Raketen ist die Flugzeit wesentlich kürzer.

nicht länger bereit, allein Japanern und Amerikanern im Bereich der Elektronik Marschrichtung, Marschtempo zu überlassen.“ (zitiert nach dem Siemens Magazin „COM“ 1/85). Die Amerikaner haben dieses Signal verstanden.

Die „zivile“ Alternative EUREKA

Die französisch/deutsche Antwort auf SDI heißt derzeit EUREKA (European Research Coordination Agency). Da die Weltmächte am Weltmarkt alle die gleichen Probleme haben wundert es nicht, daß auch EUREKA im wesentlichen die gleichen Forschungsobjekte hat wie SDI. So berichtet im Januar 1986 der Ministerialdirigent Dr. Rembser, Leiter der Abteilung Grundlagenforschung/Forschungskordinierung/internationale Zusammenarbeit im Bundesministerium für Forschung und Technologie, daß man sich schon nach kurzer EUREKA-Zeit einig war und es gelungen ist, „acht erste EUREKA-Projekte industrieller Zielsetzung in der Informations-, Computer- und Fertigungstechnik, in der Medizin und Biotechnologie, in der Werkstoffherstellung und Lasertechnologie auf den Weg zu bringen.“ (Spektrum der Wissenschaft 1/86). Und die Frankfurter Rundschau berichtet: „Es schälen sich aber einige Aufgaben heraus, die wichtiger scheinen als andere, weil sie den Schlüssel für eine Breitenwirkung darstellen. Einer dieser Schlüssel ist der Megabit-Chip. (...) Der Traum ist ein 64-Megabit-Chip (64 Millionen Zellen) auf der Fläche eines Fingernagels. Mit solchen Speicherwundern könnten Hausaltroboter ... Aber auch Militärs hätten ihre belle Freude daran. In Munition eingebaute Megabit-Chips könnten zwischen Panzern und Lastwagen unterscheiden. Nicht zufällig steht der 64 Megabit Speicher auch auf dem amerikanischen SDI-Programm.“ (18. 09. 85).

Zivile läßt sich von militärischer Forschung nicht trennen. SDI ist genauso wenig ein militärisches Forschungsprogramm, wie EUREKA ein ziviles. Die Entwicklung des Micro-Chip begann in US-amerikanischen militärischen Raketen. Heute wird mit Sicherheit der Haupt-Chip-Umsatz in halbwerts zivilen Produkten erzielt und es gibt spezielle Projekte des amerikanischen Verteidigungsministerium (DOD) den zivilen Fortschritt in der Mikroelektronik für die Militärs nutzbar zu machen – spin off einmal umgekehrt. Die einzigen, die glauben zivil von militärisch trennen zu können sind die, die das Militärische verheimlichen wollen. Der französische Forschungsminister Curien auf die Frage, ob EUREKA ein ziviles Projekt sei: „Viele europäische Staaten haben nicht viel übrig für die Mobilisierung der Industrie zu militärischen Zwecken. Die europäische Zu-

sammenarbeit muß sich dabei zunächst auf zivile Gebiete erstrecken, vor allem wenn wir Länder wie Österreich, die Schweiz oder Schweden zur Teilnahme gewinnen wollen. Der Fortschritt auf dem Gebiet der Informatik ist für zivile wie militärische Programme entscheidend, es handelt sich um die gleichen Schaltkreise und Rechner.“ (zitiert nach Konkret 10/85).

Warum Deutschland sein eigenes SDI ?

Die SDI-Grundlagenforschung dient in den USA der Stärkung der eigenen Position am Weltmarkt. Daher wollen die USA ihre Forschungsergebnisse für sich behalten. Diese Entwicklung zeigt sich schon seit einigen Jahren bei der Reglementierung des Exports von High-Tech-Produkten (auch in die BRD) und daran, daß das Pentagon die Teilnehmer von US-Wissenschaftskongressen kontrolliert und z. B. auch schon deutsche Teilnehmer ausgeschlossen hat. Die Computerwoche vom 25. 04. 86 beschreibt, daß mittlerweile an rund 200 US-Forschungsuniversitäten Verbotsschilder hängen mit der Aufschrift: „For US-citizens only“ und daß die Bereiche, wo auch die „verbündeten“ Europäer ausgeschlossen werden Gebiete betreffen wie „Laserkommunikation und Infrarotoptik, Materialwissenschaften, Präzisionsoptik, Sensorik, Robotik und Energietechnik“.

Laut Dr. Erich Häußler, Präsident des deutschen Patentamtes in München, ist der „Wissenschaftstransfer aus den USA gefährdet“. 90 % der weltweit zugänglichen technischen Informationen seien ausschließlich in amerikanischen Datenbanken gespeichert und so Häußler: „Die Amerikaner sind da wahrhaftig nicht sehr ängstlich, den Zugang zu neuesten technischen Informationen zu erschweren (...) Nur durch Zufall stellt man plötzlich fest, wenn man beispielsweise in dem doch sehr dynamischen und kritischen Bereich Lasertechnik recherchiert, daß die Amerikaner seit 1976 keine neuen Daten, keine neuen Informationen in verfügbaren Datenbanken abgespeichert haben.“ (Computerwoche, 16. 05. 86)

Aus dieser Wissenschaftsabschottung heraus ist zu erklären, warum bei den Diskussionen um eine SDI-Beteiligung immer die Frage des Know-How-Transfers aufs Tapet kam und warum US-Amerikaner, Europäer und Japaner getrennt an identischen Forschungsprojekten arbeiten. Dies ist zwar eine immense Vergeudung, („Zugleich gab der amerikanische Verteidigungsminister zu erkennen, daß er eine Europäische Verteidigungsinitiative (EVI) als Parallelentwicklung zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten als problematisch

ansieht, weil dabei notwendigerweise erhebliche Mittel für Parallelentwicklung ausgegeben werden müßte...“ die FAZ vom 06. 12. 85 über eine Rede Weinbergers in Bonn) aber diese Vergeudung läßt sich in der Konkurrenz der Monopole nicht vermeiden.

SDI und EVI

Da Strauß nicht die amerikanischen Monopole vertritt, sieht er das anders als Weinberger: „... Vor diesem Hintergrund sage ich (...) ja zum amerikanischen Verteidigungsvorhaben. Die Sicherung unserer technischen und wirtschaftlichen Interessen bei der Durchführung dieses Projekts ist für mich eine selbstverständliche Voraussetzung. Allerdings halte ich eine Ergänzung von SDI durch die Europäer und im Interesse der Europäer für notwendig. Während es bei SDI in erster Linie darum geht, die Bedrohung durch sowjetische Interkontinentalraketen auszuschalten, müßte es bei einer „Europäischen Verteidigungsinitiative“ (EVI) darum gehen, die Möglichkeit auszuloten, die Europa im allgemeinen und die Bundesrepublik im besonderen bedrohenden Mittel- und Kurzstreckenraketen unschädlich zu machen.“ (BK, 3.8.85) Straußens EVI-Idee wurde erst nach EUREKA geboren und stellt sich im Gegensatz zu EUREKA explizit militärische Ziele. doch zunächst zu der Frage, warum Strauß sich für eine SDI-Beteiligung stark macht, obwohl er genau weiß, daß es keinen Know-How-Transfer geben wird?

Kleinvieh macht auch Mist

Zum '83. Jahrestreffen der amerikanischen Handelskammer in der BRD waren führende Vertreter der deutschen Wirtschaft geladen, um die SDI-Problematik zu diskutieren. Anwesend waren unter anderem: Sparberg (IBM Deutschland), Kaske (Siemens), Vogels (MBB). Kaske ist kein besonderer Freund von SDI, weil er lediglich 100 Millionen DM an Aufträgen in die BRD überkommen sieht, die amerikanische Konkurrenz aber bevorteilt wird: „Was Siemens an SDI interessiert, sei die Tatsache, daß von den etwa fünf Milliarden Dollar, die der Kongress jährlich für Forschung und Entwicklung genehmigt, etwa die Hälfte in irgendeiner Weise der amerikanischen Elektroindustrie zu gute komme. Und damit sei natürlich auch ein Wettbewerbsvorteil für diese Firmen verbunden.“ (Computerwoche 09.05. 1986) Der „Friedensfreund“ Kaske pinkelte dann den IBM-Vertreter an, daß diese ihre Forschung großteils aus dem Rüstungsetat finanziert, worauf der angesprochene Sparberg erwiderte: „Es handelt sich um ganz kleine Beträge ... SDI das ist ganz ganz wenig, das ist Peanuts.“

Der IBM ist das größte Forschungsprogramm der USA zu wenig und Siemens sind 100 Millionen zu wenig. Je größer die Monopole werden, desto gieriger werden sie, desto schwieriger ist es für sie, den Kragen voll zu kriegen. Aber trotz des Gejammers werden sie alles tun, um möglichst viele Ernußkrümmel (Peanuts) zu erwischen — sowohl IBM als auch Siemens. Vogels (MBB ist mit SDI-Aufträgen vorsorgt) stellt das Verhältnis klar: „Viel High-Tech ist im Zusammenhang mit dem Verteidigungsbausbau in Schwung gekommen — ganz deutlich in Amerika, bei uns auch stark, aber eben doch viel weniger.“

Der Inhalt des SDI-Abkommens bestätigt das Gerangel um SDI-Aufträge: Die BRD hat in dem Vertrag anerkannt, daß für den Schutz der gewonnenen Erkenntnisse amerikanisches Recht gilt. Die BRD hat sich in dem Vertrag zusichern lassen, daß bei den zu vergebenden Aufträgen deutsche und amerikanische Firmen gleichberechtigt sind und keiner bevorzugt wird. Ernsthaft glauben tut das wohl sicher niemand, aber jede noch so kleine Erndnuß will eben mühsam ergattert sein. Allen ernsthaften Versuchen ist Weinberger schon in den Frühstunden von SDI entgegengetreten. Damals widersprach er sehr massiv dem Gerücht, die USA wolle eine finanzielle Beteiligung der BRD. Im Gegenteil, finanzielle Beteiligung ist nicht erwünscht, denn wer zahlt, hat auch das Recht anzuschaffen. Zahlen dürfen die NATO-„Partner“ nur die fertigen Raketen.

Warum ist Strauß für eine SDI-Beteiligung? — Weil er die Lage der deutschen und amerikanischen Konzerne realistisch einschätzen kann. „Die amerikanischen Arbeiten sind nicht mehr aufzubalen ... am allerwenigsten durch teutonisches Geschwätz“ (Bayernkurier 30. 11. 85), also gilt es rauszuholen, was geht. Jeder Auftrag bringt den deutschen Konzernen Geld und zumindest das Know-How, was sie selbst erarbeiten.

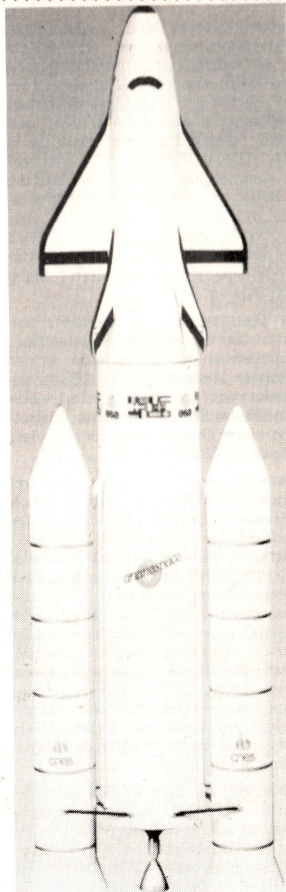
Und es gibt einen weiteren Grund, warum Strauß gar nicht gegen SDI sein kann: Schließlich gibt es einen weiteren traditionellen Feind der deutschen Monopole, die Sowjetunion, gegen die jede Waffenhilfe begrüßt wird, denn da ist Strauß auch Realist und hält militärische Alleingänge zumindest derzeit für Selbstmord: „Ich bin der letzte, der ein blinder Bewunderer der Vereinigten Staaten von Amerika wäre. Aber auch hier können wir sagen, da gibt es keine Alternative! Ohne eine aktive Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ist für uns die Sicherung von Freiheit und Frieden selbst mittelfristig nicht gewährleistet.“ (BK 13. 07. 85).

Das deutsche SDI

Strauß ist keiner, der das Militärische verstecken will, im Gegenteil, er will, daß sich die Deutschen ihrer militärischen Stärke bewußt werden, daß der alte Militarismus wieder aus jedem Knopfloch schaut. „Schließlich die militärische Ebene: Hier brauchen wir uns nicht zu verstecken. Warum hat man eigentlich bei uns immer Angst, die militärischen Probleme ehrlich und offen anzuschneiden. Wir sind nach den Amerikanern die zweitstärkste Nato-Partner. Ohne unsere 500.000 Soldaten gäbe es keine funktionieren-

de NATO. Wir haben das legitime Recht, für uns die gleiche Sicherheit zu verlangen, wie die Amerikaner sie für sich verlangen.“ (SZ 25. 01. 86) Mit diesem „legitimen Recht“ fordert Strauß eine eigene „Europäische Verteidigungsinitiative“. Mit dem gleichen Recht hat Strauß als Verteidigungsminister die Bundeswehr zur zweitstärksten Armee in der Nato gemacht und die Atombombe in deutsche Verfügungsgewalt gefordert: „Zur Souveränität gehört die Atomwaffe, unverändert.“ (Welt, 06.09.75)

Fortsetzung nächste Seite



Das Bild zeigt die Zukunftsversion des Ariane-Projekts: Ein Modell der schubstarken Ariane 5 mit dem europäischen Raumgleiter „Hermes“.

Doch auch beim europäischen Weltraumprogramm läuft nicht alles wie geschmiert. Viereinhalb Minuten nach dem Start mußte die letzte Ariane gesprengt werden. Dieser vierte Fehlstart einer Ariane trifft die Firma Arianespace besonders hart. Die Space-Shuttle-Katastrophe der NASA hatte für volle Auftragsbücher gesorgt: japanische Fernmeldefirmen haben auf Ariane gebucht. Wegen den Shuttle-Sturz hat Arianespace acht zusätzliche Flüge bis 1988 eingeplant. Alleine 1986 waren sieben Starts vorgesehen. Die Flüge sind zum Teil doppelt vergeben, so daß beim Ausfall einer Nutzlast sofort eine neue bereitsteht.

Beim dritten Start dieses Jahres ist die Ariane aus- und die Nutzlast runtergefallen. Der bisherige Zeitplan von Arianespace ist wohl nicht mehr zu halten, doch „sind die europäischen Weltraumtransporteure zur Zeit noch immer die erste Adresse im Weltraumtransportgeschäft“ (FR 7.6.86). Der USA stehen nur noch drei Shuttle zur Verfügung, deren erste frühestens Juni 87 starten soll. Voraussichtlich stehen alle drei nur noch militärischen Zwecken zur Verfügung. „Kommerzielle Nachrichtensatelliten müßten dann auf herkömmliche Raketen ausweichen. Die gibt es jedoch in der USA zur Zeit nicht. Die Produktion der Ariane dagegen läuft auf Hochtouren.“ (FR 7.6.86) Bereits in diesem Jahr soll sich der Umsatz von Arianespace auf 900 Millionen DM verdoppeln.

Der Atomminister a.D. Strauß hat die ersten Atomwaffenträger angeschafft und den Grundstein gelegt für ein „zivilen“ Atomprogramm, durch das der deutsche Militarismus „... von der Bombe nur zwei bis drei Monate entfernt“ ist. (FAZ 16.8.79)

Zu einem eigenen „Krieg der Sterne“-Programm fehlte ihm nur noch ein Name, für das entsprechende Potential hat er schon vor Jahren gesorgt. Was EUREKA an speziellen Projekten fehlt, ist anderwärts längst abgesichert: „Es wäre auch falsch, EUREKA dahin zu lenken, wo es bereits erfolgreiche Zusammenarbeit gibt: in der Luft- und Raumfahrt beispielsweise ...“ (so der bereits zitierte Ministerialdirigent Dr. Rembser).

Strauß warnt vor einer „selbst mittelfristigen“ militärischen Abkopplung von den USA. Langfristig hat er vorgesorgt. Mit dem Starfighter und dem Einsammeln der Reste der deutschen Flugindustrie begann der Wiederaufstieg. Strauß schaffte in Bayern frühzeitig die politischen Voraussetzungen für die Fusion von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, der neben der „Faust am Ural“ (Tornado) mittlerweile auch ein Flugzeug baut, das auf dem Weltmarkt den großen amerikanischen Konkurrenten Paroli bieten kann (Airbus). Beide Flugzeuge sind europäische Gemeinschaftsprojekte.

Beide Flugzeuge werden bei einer Firma mit dem unscheinbaren Namen „Industrieanlagen Betriebsgesellschaft“ (IABG) Härte- und Bruchtests unterzogen. Die IABG (1600 Beschäftigte in Ottobrunn) feierte dieses Jahr 25-Jähriges mit prominentem Besuch. Auf der Festveranstaltung sprachen der bayerische Ministerpräsident Strauß und der Verteidigungsminister Wörner. Der hohe Besuch ist erklärbar: „Entstanden ist die IABG aufgrund einer Entscheidung des damaligen Verteidigungsministers Strauß, der 1959 ein Planungskonzept der deutschen Luftfahrtindustrie befürwortete.“ (SZ 5.6.86) Die Einschätzung der Süddeutschen Zeitung greift etwas zu kurz. Sowohl die IABG als auch MBB und Dornier sind von Anfang an nicht nur als Luft-, sondern auch als Raumfahrtkonzerne gegründet worden. Die IABG testet nicht nur Flugzeuge, sondern auch die Satelliten made by MBB und Dornier.

Die deutsche Raumfahrt

Nach 1945 trat eine kleine Pause in der deutschen Raumfahrt ein, die die deutsche Industrie in einen Rückstand brachte, den sie momentan versucht aufzuholen.

Im Bereich kleiner militärischer Raketen kurzer Reichweite wurde der Anfang gemacht. Mittlerweile hat die Bundeswehr einen großen Teil ihrer Raketen aus eigener Produktion. Grö-

ßere Reichweite wird in Angriff genommen: Bei der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) läuft seit 1980 ein Forschungsprogramm für „Marschflugkörper großer Transportleistung“, die mit 2,5-facher Schallgeschwindigkeit viermal schneller sein sollen als die amerikanischen Cruise Missiles und damit für Abfangraketen nicht mehr erreichbar sind. 1992 sollen 500 Stück dieser Raketen angeschafft werden. (Siehe „Radi Aktiv“ 4/85)

Die Bundesrepublik hat erst jetzt entsprechende Aktivitäten bei MBB und Dornier zugegeben, verständlich, denn: „Der Bundesrepublik war es bis 1984 durch die Rüstungsbeschränkungen im Vertrag über die Westeuropäische Union (WEU) nicht erlaubt, Flugkörper mit einer Reichweite über 70 Kilometer zu produzieren.“ (Spiegel 9.6.86)

Marschflugkörper sind - wenn auch elektronisch kompliziert - kleine Kaliber im Vergleich zu Interkontinental- und Weltraumraketen. Auf diesem Gebiet machte den ersten westdeutschen Wiederanfang die Firma OTRAG auf einem riesigen Raketenstestgelände in Zaire. (Laut „Radi Aktiv“ berichtete die Wehrzeitung INTERAVIA, daß die OTRAG an einer Interkontinentalrakete mit einer Reichweite von über 10 000 km arbeitet. Die OTRAG wird von der DFVLR und finanziell von der Bundesregierung unterstützt. Siehe auch DID Nr. 61).

Der Durchbruch kam allerdings erst durch die europäische Kooperation, hauptsächlich mit Frankreich. In der European Space Agency (ESA, gegründet vor 13 Jahren), sind neun europäische Staaten vertreten. Zielsetzung dieser Organisation war eine eigene leistungsfähige Rakete.

Dieses Ziel wurde erreicht. Die drei Typen ARIANE 1, 2 und 3 haben „über ein Drittel des Weltmarktes der Satelliten-Starts für sich erobert.“ (Bild der Wissenschaft 2/86). Dabei hat die BRD die US-amerikanische Spitzenstellung angekratzt. Bild der Wissenschaft führt den Erfolg der ARIANE „wesentlich auf eine erfolgreiche Triebwerkstechnik“ zurück. Daran habe MBB in Ottobrunn wesentlichen Anteil. „Die NASA hat dieses Know-How von MBB (...) in Lizenz erworben und wendet es für die Triebwerke ihres Raumtransporters Space Shuttle an.“

Zielsetzung bei der weiteren Entwicklung der ARIANE ist eine gesteigerte Nutzlast von 4 Tonnen (ARIANE 3) auf 15 Tonnen (ARIANE 5). Diese Steigerung ist nicht nur Voraussetzung für die eigene europäische Raumfahrt

HERMES, sondern auch prinzipiell

nötig, um überhaupt die Unmengen an militärischem Material (Satelliten, Kilometersatelliten, Kampfspiegel, Kraftwerke ...), die für ein SDI nötig wären, ins All zu befördern.

Neben den europäischen Raumtransportern gibt es weitere Pläne für eine Beteiligung an einer amerikanischen Raumstation und auch einer eigenen, von den USA unabhängigen Raumstation.

Satellitentechnik ist das zweite Standbein der Weltraumtechnik. Hier hat die BRD für Europa die „Systemführerschaft“ übernommen. „In der Zwischenzeit ist in der Bundesrepublik Deutschland eine beachtliche Kapazität zum Bau von Satelliten für die verschiedensten Aufgaben entstanden.“ (FAZ 30.10.85) Und der Bayernkurier schwärmt: „Deutschland hat mit Spacelab die einzige im Westen konzipierte Laboreinheit, die für dauerhafte anwendungsorientierte Forschung im Weltraum eingesetzt werden kann ... Die deutsche und vor allem die bayerische Industrie (...) hat sich für die Wissenschaft im Weltraum qualifiziert ... Die deutschen Wissenschaftler und Techniker haben bei der D-1 Mission (...) amerikanischen Standard übertraffen ...“ (BK 30.11.85). Der Bayernkurier weiß natürlich auch, wem wir dies alles zu verdanken haben, dem „politischen Willen eines Franz Josef Strauß, eine eigenständige und damit partnerschaftsfähige deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie zu schaffen.“ Der Erfolg spornt an. Das Raumfahrtbudget des Forschungsministeriums wird von jährlich 800 Millionen (84/85) auf 1,5 Milliarden angehoben. Derzeit ist der erste rein militärische deutsch/französische Satellit in der Beschlußphase.

Die BRD hat die „am besten ausgebildete Armee“, „den besten Panzer“ (Leopard), „das beste Flugzeug“ (Tornado) und sie wird auch „das beste SDI“ bekommen. Die Chancen stehen gut, mit der Raumfahrttechnik von MBB, den Chips von SIEMENS und der Optik von ZEISS. Von der Atom-bombe sind wir nur Monate entfernt, vom deutschen SDI ein wenig weiter - aber auch nicht viel weiter als die USA.

Kann SDI funktionieren? Wird der Krieg durch SDI wahrscheinlicher?

Sicher ist es prinzipiell möglich, Raketen mit im Weltraum gestützten Lasern zu zerstören (zumindest bei gutem Wetter). Ob allerdings ein Schutzschild wie es mit SDI vorgestellt wurde, funktionieren kann, ist eine andere Frage. Dazu zwei Anmerkungen:

1. Selbst wenn es gelingt, einen SDI-Komplex (tausende von Satelliten sind erforderlich) zu stationieren, sind die

Möglichkeiten SDI außer Funktion zu setzen relativ einfach.

Zum einen sind Stationen im Welt-
raum wesentlich schutzloser und leicht
anzugreifen, als ballistische Rake-
ten, Laser auf der Erde gegen Satelli-
ten im Weltraum leichter mit Energie
zu versorgen als umgekehrt, zum ande-
ren sind Interkontinentalraketen rela-
tiv leicht vor Laserstrahlen zu schüt-
zen, z.B. durch Verspiegelung oder Ro-
tation um die Längsachse. (Siehe Spek-
trum der Wissenschaft 12/84).

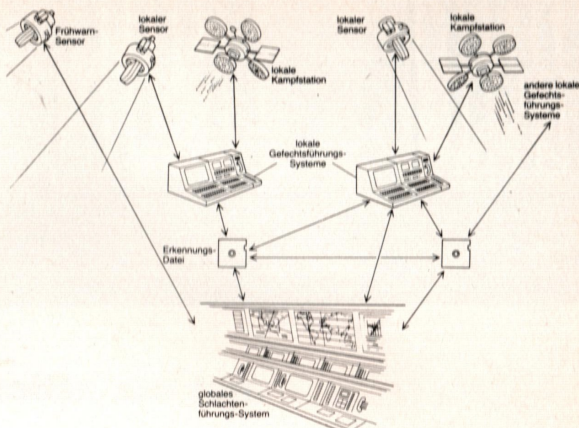
2. Gegen die Schwierigkeiten von SDI
ist die Mondlandung ein Kinderspiel
gewesen. Tausende von unabhängigen
Geräten - über die ganze Welt verteilt -
müßten fehlerfrei zusammenarbeiten.
Allein die benötigte Menge an Com-
puterprogrammen sprengt alle bisher
bekannten Dimensionen. Größere feh-
lerfreie Computerprogramme sind bis-
her nicht bekannt.

Es ist sehr fraglich, ob es der USA ge-
lingen wird, SDI zu realisieren. Nicht
weil es technisch vielleicht nicht mög-
lich wäre, sondern weil der Kapitalist
immer unter den Kriterien der Profit-
maximierung produziert. Daß die USA
es derzeit nicht schafft, überhaupt Ra-
keten ins All zu befördern, liegt nicht
an prinzipiellen technischen Proble-
men, sondern daran, daß an jeder pri-
mitiven Dichtung gespart wird (wie
beim Unglück der Raumfähre), liegt
daran, daß Korruption und nicht Wis-
senschaft die Produktion bestimmt.
(Siehe SZ 10.5.86).

Doch SDI wird - auch wenn es als
Schutzschild nicht funktioniert - eine
ganze Menge an militärischen Produk-
ten abwerfen. Diese Produkte werden
verwendet werden - sicher oder nicht.
So basieren z.B. die amerikanischen
Weltraumraketen auf den militärischen
Interkontinentalraketen. Es ist anzu-
nehmen, daß der Sicherheitsstandard
(wenn man im Zusammenhang mit
Atomraketen so ein Wort überhaupt
verwenden kann) nicht höher ist als
bei der bemannten Raumfahrt. Es
werden also, falls die USA ihre Ra-
keten losschickt, einige davon auf die
USA zurückfallen. In den Anfängen
der „zivilen“ Raumfahrt, als noch
wenig modifizierte Interkontinental-
raketen bei den ersten Satellitenstarts
eingesetzt wurden, kamen von 30 US-
Raketen 19 prompt zurück. („Waffen
im Weltraum“ RORORO 5554)

Sowjetische Wissenschaftler bezeich-
nen SDI mittlerweile als für die
Sowjetunion leicht unschädlich zu
machen. Ist SDI eine ungefährliche
Sinnerei von Reagan und Strauß?

SDI ist eine Gefahr für die ganze
Menschheit, weil es die weltweite



Computerprogramme müßten dafür
sorgen, daß startende Interkonti-
nentalraketen erkannt und ihr Flug
ständig verfolgt wird. In vier ver-
schiedenen Flugphasen der Atom-
köpfe sind vier verschiedene SDI-
Abwehrkonzepte geplant. Lokale
Rechner müßten die Aktionen von
Beobachtungs- und Kampfstationen
einer Abwehrphase kontrollieren,
zentrale Rechner die Aktionen aller
Phasen koordinieren - gleichzeitig
für hunderttausende von Flugobjek-
ten mit weniger als einer halben
Stunde Flugzeit. (Spektrum der
Wissenschaft 2/86)

Der Aufwand für die zu schreiben-
den Computerprogramme wird zwi-
schen 13 000 und 80 000 Mannjah-
ren geschätzt. 10 Millionen Zeilen

Computercode wären zu schreiben,
ein bisher noch nicht gekannter
Umfang. Die Fehleranzahl in Com-
puterprogrammen nimmt mit ihrer
Größe exponentiell zu. Dies ist der
Grund, warum viele Computerexp-
erten SDI für undurchführbar hal-
ten. Die Computerwoche berichtete
von einem entsprechenden Thesen-
papier, das amerikanische Software-
experten verfaßt haben. Darunter
Mitarbeiter der Forschungszentren
führender amerikanischer Hersteller
(IBM, AT&T, DEC, TANDEM,
Wang, XEROX) sowie renommier-
ter amerikanischer Hochschulen wie
Massachusetts Institute of Techno-
logy (MIT), Berkley, Stanford, Yale,
etc. (CW 23.5.86)

ökonomische Konkurrenz der Mono-
pole auf eine neue Eskalationsstufe
hebt. Die drei führenden westlichen
Wirtschaftsmächte USA, BRD, Ja-
pan versuchen alle drei die führende
Weltmacht zu bleiben bzw. zu wer-
den. Alle drei können es aber nicht
sein. Dann kann der „Symbolische
Handelskrieg mit der USA - (Was-
hington verbängt Importquote für EG-
Produkte/Brüssel plant Vergeltung)“
(FR 17.5.86) leicht zum echten Han-
delskrieg werden, der den Weltmarkt
dann so verengt, daß dieser Krieg mit
Waffen ausgetragen werden muß - mit
oder ohne SDI, mit oder ohne EVI. Je
größer die Konzerne werden, je reicher
sie durch unsere Arbeit und unser
Stillhalten werden, desto gieriger
werden sie. Da werden Millionenbeträ-
ge zu Erdnüssen, zum Kleinfutter zwi-

schen den eigentlichen Mahlzeiten. Die
deutschen Konzerne, die heute das
große Fressen angesagt haben: Deut-
sche Bank, Siemens, Daimler nannten
einmal ein Gebiet von der Atlantikkü-
ste bis zum Ural ihren Binnenmarkt.
Das ist noch keine 50 Jahre her. Ein
Binnenmarkt, wo Konkurrenz nicht
zugelassen wurde, und die Ausbeu-
tungsbedingungen militärisch festge-
legt wurden. So was vergißt man so
leicht nicht.

Das Gebiet, das Strauß mit Europa ti-
tulierte, ist keinen Quadratmeter klei-
ner. Langfristig trägt er Vorseorge, daß
dieses Europa in „Freiheit“ erstrahlt.
Dafür hat er Atomwaffenträger und
Atombomben ins Restdeutschland ge-
holt, dafür sammelt er seine Anhän-
ger.



Richter und Rechte:

Bundeskanzler Helmut Kohl wird nicht wegen uneidlicher Falschaussage angeklagt. Obwohl er nachweislich vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Unwahrheit gesagt hat, billigten ihm die Staatsanwaltschaften in Bonn und Koblenz die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu und stellten die Ermittlungsverfahren ein.

So glimpflich kam die Angela Gitterer aus Nürnberg nicht davon. Nach der Nürnberger Massenverhaftung hatte sie ausgesagt, daß zwei Jugendliche, die von der Polizei des Landfriedensbruchs beschuldigt wurden, sich während der angeblichen Tatzzeit im Jugendzentrum „Komm“ aufgehalten hatten. Allein aufgrund der anderslautenden Aussage eines V-Mannes wurde die 21-jährige Angela Gitterer wegen Meineid zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Karriere als Innenministerin ist damit allerdings für Angela Gitterer wegen Meineid zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Karriere als Innenministerin ist damit allerdings für Angela Gitterer noch nicht gesichert. Ein Meineid allein reicht dazu nicht aus. Man muß schon Mitglied der CSU sein und Friedrich Zimmermann heißen, damit man vorübergehend für geistig unzurechnungsfähig erklärt wird und eine Verurteilung wegen Meineid somit aufgrund fehlender Schuldfähigkeit nicht möglich ist.

Als der Maschinenschlosser Michi Rehorik im Herbst 1982 bei einer Wahlkundgebung der Regensburgener CSU seine tollen Kletterkünste unter Beweis stellte, gefiel das dem Franz Josef Strauß und der CSU gar nicht. Michi Rehorik kletterte am Blitzableiter des Postgebäudes, vor dem die Rednertribüne stand, hoch und schwenkte aus luftiger Höhe ein Stoppt Strauß Schild. Vor dieser Kulisse wollte Strauß nicht reden. So mußte er sich eine Stunde gedulden, bis es nach vielen Mühen der Feuerwehr gelang, den Strauß-Gegner vom Dach zu holen. Das dicke Ende kam nach. Vom Amtsgericht Regensburg wurde Michi Rehorik unter anderem wegen Nötigung zu einer extrem hohen Geldstrafe verurteilt.

Dagegen hat Strauß nach Ansicht der Münchner Staatsanwaltschaft keine Nötigung begangen und auch keine Beihilfe dazu geleistet, als er im Februar 1984 die LKW-Fahrer unterstützte, die mit quergestellten LKWs die bayerische Grenze blockierten und den Verkehr nach Italien lahmlegten. Die Staatsanwaltschaft München wies die Strafanzeige, die ein Rechtsanwalt und der Heidelberger Verein „Bürger beobachten die Justiz“ gegen Strauß gestellt hatten, zurück, ohne überhaupt

ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Der linke Schriftsteller Peter Paul Zahl hatte im Dezember 1972 einen Schußwechsel mit der Düsseldorfer Polizei. Getötet wurde niemand. Mitte Mai 1974 wurde er deswegen zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Sie versuchte, Peter Paul Zahl Tötungsabsichten nachzuweisen. 1976, ein dreiviertel Jahr vor seiner Entlassung aus der Haft, wurde Zahl zu 15 Jahren Gefängnis wegen Mordversuchs verurteilt. Das Landgericht Düsseldorf fand die Höchststrafe für notwendig, da „der Angeklagte von einem tiefgreifenden Haß auf unser Staatswesen ergriffen“ sei und sich „äußerst intolerant über alle geltenden, seiner Auffassung nach unrichtigen Vorstellungen über ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben“ hinwegsetzte.

Man muß schon Staatsdiener sein, um ungestraft oder wenig gestraft töten zu können. Der Polizist, der den 14-jährigen Jürgen Bergbauer in Gauting erschoss, bekam sechs Monate Gefängnis auf Bewährung. Damit kann er weiterhin im Dienst bleiben und die Richter stellten mit ihrem milden Urteil zugleich einen Freibrief aus: „Diese Ent-





Denn sie wissen, was sie tun.

scheidung darf nicht dazu führen, daß sich die Polizisten in Zukunft zurückhalten."

Mit 2.750 DM wurde am 25. April 1986 der Todesschuß eines Göttinger Polizisten geahndet, der nach einer Verfolgungsjagd mit gezückter Pistole auf das gestoppte Auto zuging und den 25-jährigen Fahrer erschoss. Die Richter sahen bei dem Angeklagten nur ein „äußerst leichtes Verschulden.“

Während der Göttinger Autofahrer den Todesschuß „offen und ehrlich“ von vorn erhielt, erschossen zwei Westberliner Polizisten den stark sehbehinderten und damals volltrunkenen Detlef Wolkenstein von hinten. Sie müssen deshalb etwas mehr hinlegen, mit 5.000 bzw. 6.000 DM sühnte das Westberliner Schöffengericht am 11.6.1986 den Tod des 33-jährigen Druckers. (Hätte Detlef Wolkenstein vorher zu ihnen „Scheißbullen“ gesagt, dann wären sie vom Strafmaß her wahrscheinlich quitt gewesen. Beleidigungen an Polizisten werden in der Regel mit Geldstrafen zwischen 2.000 und 5.000 DM geahndet.)

Nicht nur die staatliche Tötung ist billig. Wenn das Kapital mit Massenmord seinen Profit sichert, dann gibt es noch mehr Rabatt. Das Geschäft

mit dem Tod ist ein glänzendes Geschäft und die, die daran verdienen, werden fast nie gerichtlich belangt. Es ist deshalb die ganz große Ausnahme, daß im Frühjahr dieses Jahres vier Manager des Rüstungsbetriebes Rheinmetall vor Gericht standen, weil sie ohne Genehmigung Kriegswaffen im Wert von 50 Millionen DM nach Saudi-Arabien, Südafrika und Argentinien geliefert hatten. Unzählige Menschen wurden mit diesen Waffen getötet, aber das hat die Kapitalisten, die den Tod dieser Menschen verursachen, noch nie interessiert und die herausgeschlagenen Profite lassen den kleinen Wermutstropfen von Bewährungs- und Geldstrafen bald vergessen. Übrigens waren sie ja nicht angeklagt, den Tod dieser Menschen verursacht zu haben. Das ist legal in unserem Land. Illegal war einzig und allein, daß sie es ohne staatliche Genehmigung taten und somit gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstießen.

Diese Klassenjustiz prangerte Kurt Tucholsky schon vor 60 Jahren an: „Ich habe nichts gegen Klassenjustiz; mir gefällt nur die Klasse nicht, die sie macht. Und daß sie noch so tut, als sei das Zeug Gerechtigkeit -- das ist hart. Und bekämpfenswert.“

Rechte Ausrichtung der Richter

Seit der Wende wird die Richterschaft verstärkt ausgerichtet. Der hessische Justizminister Günter bezeichnete z.B. die Bundesrichterwahl vom 30. Januar 1986 als Gleichschaltung der Justiz. Daß die CDU/CSU ausgerechnet am Jahrestag von Hitlers Machtergreifung für die stramm rechte Ausrichtung der Justiz sorgt, ist wohl eher zufällig. Ansonsten bleibt nichts dem Zufall überlassen. Im 22-köpfigen Richterswahlausschuß, der sich je zur Hälfte aus Vertrauensmännern des Bundestages und aus den Fachministern der Länder zusammensetzt (Dieser Ausschuß wählt die 115 Richter am Bundesgerichtshof, sowie die insgesamt 187 Richter am Bundesarbeitsgericht, Bundesverwaltungsgericht, Bundessozialgericht und Bundesfinanzhof), haben die Schwarzen seit der Wende die Mehrheit. Diese Mehrheit nutzten sie weidlich aus, indem sie alle SPD-Vorschläge beiseiteschoben und die 12 freien Richterstellen an den obersten Bundesgerichten fast ausschließlich mit ihren Kandidaten besetzten. Lediglich ein Alibi-Posten wurde der SPD zugestanden. Die SPD-Vertreter verließen aus Protest den Saal, um nicht als Staffage mitzuwirken.



Zu den Zeiten, als die SPD-Vertreter im Ausschuß die Mehrheit hatten, machten die davon nicht Gebrauch, sondern suchten immer mit den CDU/CSU-Vertretern eine einvernehmliche Regelung bei der Besetzung der höchsten Richterstellen. So zart und rücksichtsvoll sind die Schwarzen natürlich nicht. Schon in der ersten Sitzung nach der Wende, im Februar 1983, wurde klar, daß jetzt ein anderer Wind weht. Rigoros drückte die CDU/CSU ihre Kandidaten durch. Dabei stört es sie gar nicht, wenn aus den Reihen der Bundesrichter gerade kein strammer und verlässlicher Parteigänger vorhanden ist, zur Not werden eben unions-treue Ministerialbeamte erst zu Bundesrichtern gemacht und dann in die Präsidentenämter gehievt. So war z.B. der neue Präsident des Bundesfinanzhofes Franz Klein vorher Ministerialdirektor in der Landesvertretung des CDU-regierten Rheinland-Pfalz in Bonn. Der CDU-Kandidat hat sich seine Sporen (bzw. den lukrativen Posten) mit seiner andauernden Verharmlosung der Parteispendenaffäre verdient. Der CSU-Kandidat Heinrich Reiter war Ministerialdirigent im bayerischen Sozialministerium, bevor er Präsident des Bundessozialgerichts wurde. Dieser Rückgriff auf Ministerialbeamte heißt aber keineswegs, daß ein Mangel an konservativen und reaktionären Bundesrichtern besteht, im Gegenteil. Der neue Vizepräsident des Bundesgerichtshofes (BGH) Ludwig Thumm besitzt das richtige Parteibuch. Beim Bundesarbeitsgericht (BAG) erfolgt ebenfalls der „dreiste, parteipolitische Zugriff“, so SPD-Fraktions-Vize Emmerlich. Der Sozialdemokrat Friedrich-Heinz Heithier sollte aufgrund seiner hervorragenden Qualifikation der neue Vorsitzende des 6. BAG-Senats werden. Das Richterkollegium im Präsidialrat votierte einstimmig dafür, auch BAG-Präsident Kiesel verwandte sich für den Sozialdemokraten bei seinem Personalchef, dem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Doch Blüm entschied sich für seinen Parteifreund Waldemar Röhsler, der bisher einzig und allein dadurch bekannt ist, daß er rigoros Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst rauschmeißen will.

Die sog. neutralen Richter (also Richter ohne Parteibuch) gehören - von wenigen Ausnahmen abgesehen - sowieso ins konservative Lager und von einer angemessenen Repräsentanz der SPD bei bundesdeutschen Gerichten hat man sowieso nie reden können. Auch bei der letzten Bundesrichtervahl am 5. Juni 1986 sind die Schwarzen durchmarschiert. Bei den sieben zu besetzenden Richterstellen wurde lediglich eine von der SPD vorgeschlagene Kandidatin berücksichtigt, bei den übrigen sechs Posten wurden aus-

schließlich die Personalvorschläge von CDU/CSU und FDP durchgedrückt. Es soll verhindert werden, daß fortschrittliche und antifaschistische Richter (die sowieso äußerst dünn gesät sind) in diese Posten kommen. Deshalb werden jetzt sogar Richter ausgeschaltet, die der SPD nahe stehen, es könnte ja einer dabei sein, dem das Grundgesetz noch etwas bedeutet, und der offensiv die demokratischen Rechte verteidigt.

Disziplinierung von demokratischen Richtern

Die Richter, die nicht obrigkeitshörig und autoritätsgläubig sind, sondern die aufrechte und entschlossene Streiter für die Demokratie sind und Zivilcourage besitzen, sind die Ausnahme in unserem Land. Diese wenigen Ausnahmen werden disziplinarisch verfolgt, wenn sie die selbstverständlichen demokratischen Rechte wahrnehmen.

So erging es z.B. der Regensburger Jugendrichterin Erika Simm, die zusammen mit vielen anderen Unterzeichnern einer Zeitungsanzeige ihr Entsetzen und ihre Empörung über die Nürnberger Massenverhaftung zum Ausdruck brachte und der Nürnberger Justiz Rechtsbruch vorwarf. So erging es z.B. dem Richter Ulrich Vultejus, der vom niedersächsischen Dienstgerichtshof gerügt wurde, weil er u.a. in einem Interview mit der „Metall“ geäußert hatte: „Die gesellschaftspolitische Auffassung der Richterschaft wird dadurch deutlich, daß etwa 80 % der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit im (konservativen) Richterbund organisiert sind, von dem man den Eindruck hat, er steht der CDU nahe. Nur ein kleiner Prozentsatz der Richter ist gewerkschaftlich organisiert.“

So erging es z.B. den 35 Lübecker Richtern und Staatsanwälten, die disziplinarisch gerügt wurden, weil sie sich in einer Annonce gegen die Stationierung von Pershings und Cruise missiles ausgesprochen hatten. Bereits vor Erscheinen einer Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom 13.6.86, in der sich 130 Richter und Staatsanwälte im Oberlandesgerichts-Bezirk München für den Ausstieg aus der Atomenergie aussprachen, setzte sich die Maschinerie der Disziplinierung in Bewegung. Alle 1457 Richter und Staatsanwälte des Bezirks mußten einen Brief abzeichnen, in dem der Präsident des Oberlandesgerichts Leo Parsch und der Generalstaatsanwalt Hermann Frosdhauer vor der Anzeigenaktion warnten und auf die „Mäßigungspflicht bei politischer Betätigung“ hinwiesen. So verhindert man die freie Meinungsäußerung, noch bevor sie wahrgenommen werden kann.

Das Repertoire an Druck auf mißliebige



ge Richter ist damit nicht erschöpft. Sehr beliebt ist auch das Mittel der Urteilschelte. Schon Göring wußte sich ihrer zu bedienen. Am 3.12.1935 schrieb er an den Vorsitzenden eines Gerichts, das einen Angeklagten vom Vorwurf eines Vergehens nach dem sog. „Heimtückegesetz“ freigesprochen hatte: „... Ich gestehe offen, daß mir Ihr Verhalten weit staatsgefährlicher und staatsfeindlicher erscheint als das des Angeklagten. Lediglich die Tatsache, die Justizverwaltung nicht allgemein öffentlich zu blamieren, hat mich davon abgehalten, Sie in Schutzhaft zu nehmen, wie Sie es unzweifelhaft nach gesundem Volksempfinden verdient hätten.“ Auch Edmund Stoiber ist ein Meister der Urteilschelte, die an Infamie nicht mehr zu überbieten ist. Mit einer Rüge allein gibt er sich nicht zufrieden. Er kann zwar heute noch nicht Schutzhaft fordern, aber er geht schon soweit, die Absetzung und Strafverfolgung für mißliebige Richter zu verlangen.

Als der Frankfurter Amtsrichter Christoph Jahr im Juli 1985 Blockierer gegen die Pershing-Stationierung freisprach, tobte Stoiber, das sei Rechtsbeugung und Strafreitelung im Amt. Er forderte gar eine Verschärfung des Tatbestands der Rechtsbeugung, damit solche wie der Frankfurter Amtsrichter nicht mehr „durchschlüpfen“ können. Der Meister für politische Verwirrung und Hetze („Nazis = Sozis“) brachte Jahr sogar in Zusammenhang mit den Nazi-Blutrichtern, die auch nicht wegen Rechtsbeugung hätten verurteilt werden können. „Es ist nicht üblich, daß die CSU Urteile unabhängiger Richter kommentiert“, sagte der CSU-Vizegeneralsekretär Dr. Wolfgang Held. Er sprach allerdings nicht vom Freispruch für die Kriegsgegner, sondern vom äußerst milden Urteil gegen den ehemaligen CSU-Generalsekretär Wiesheu, der im Soff einen Menschen totgefahren hatte.

Recht, Justiz und Rassismus

Die größten Angriffe startet die Reaktion zur Zeit auf dem Gebiet des Ausländerrechts. Immer mehr wird hier die formale bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 Abs. 1 Grundgesetz: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich) abgeschafft.

In dem Entwurf für ein neues Ausländergesetz will Zimmermann ein Politikverbot für Ausländer durchsetzen. Diese Rassegesetze, die 1987 nach der Wahl zur Verschiebung kommen sollen, entrenchen zunächst scheinbar nur die ausländischen Arbeiter und Antifaschisten. Ein Politikverbot für deutsche Demokraten, Gewerkschafter oder Kommunisten ist in dem Zimmermann-Gesetzentwurf heute (!) noch nicht enthalten: Hier wird ein Sonderrecht zunächst für einen Teil des Volks geschaffen mit dem Ziel, letztlich das ganze Volk zu entrenchen. Entrenchung der Ausländer und Spaltung der Arbeiter, das war bereits vor dem 2. Weltkrieg das Mittel zur Kriegsvorbereitung. Heute wird scheinheilig behauptet, Maßnahmen gegen die Ausländer dienen dem Erhalt von Arbeitsplätzen für Deutsche. „Wenn wir das Recht auf Arbeit für unsere Volksgenossen verwirklichen wollen, müssen wir verhindern, daß ihnen Nichtdeutsche den Arbeitsplatz wegnehmen“, so drückte es 1932 das „Wirtschaftliche Sofortprogramm“ der NSDAP aus. Die Arbeitslosigkeit wurde durch die Kriegsproduktion beseitigt.

Die deutschen Arbeiter wurden in den Waffenrock gepreßt und mußten fremde Länder überfallen. Die Bevölkerung der überfallenen Länder wurde zur Zwangsarbeit in der Kriegsproduktion nach Deutschland verschleppt. „Die Bevölkerung nichtdeutscher Gebiete tut keinen Waffendienst und steht zur Arbeitsleistung zur Verfügung“ sagte Hitler bereits am 23.5.1939 vor der Wehrmachtsführung. Den Kanonenkönigen war es egal, ob die Panzer und Granaten von deutschen oder ausländischen Arbeitern gebaut wurden. Hauptsache, der Profit stimmte und die Arbeiter leisteten keinen Widerstand, deshalb braucht die Kriegsproduktion immer Rechtlosigkeit und Rassismus.

Die Ideologie für den Raubzug bildete die Propaganda des deutschen Imperialismus vom jüdischen, polnischen und sowjetischen Untermenschen im Gegensatz zur „deutschen Herrenrasse“. Sieben Monate nach dem Überfall auf Polen teilte ein Vertreter dieser Herrenrasse, der amtierende Reichsjustizminister Schlegelberger in einem Schreiben an Hitler mit, „daß der Pole gegen den Vollzug einer gewöhnlichen Freiheitsstrafe weniger empfindlich ist.“ Deshalb legte er den Entwurf der Polenstrafrechtsverordnung bei. Knapp 40 Jahre

nachdem die Rassenfanatiker geschlagen wurden, fordert der Regensburger Strafrechtsprofessor Friedrich Christian Schröder für ein und dieselbe Tat höhere Strafen für Ausländer, „denn diese Täter haben infolge der Gewöhnung an ihr heimatliches Strafniveau regelmäßig auch eine geringere Strafeempfindlichkeit.“ Daher müsse „in diesen Fällen eine höhere Strafe verhängt werden.“

Der Rassismus ist auch heute fester Bestandteil der Kriegsvorbereitung.

Mit einer zügellosen rassistischen Hetze wird Krieg geführt zunächst gegen die Arbeiter im eigenen Land. Die Beispiele des staatlich betriebenen Rassismus sind zahlreich: - „Türkische Kameltreiber raus“ hatte ein Mann aus Nürnberg auf eine Hauswand geschmiert. Vom Amtsgericht und dann vom Landgericht Nürnberg-Fürth wurde er zunächst zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung verurteilt. Das Bayerische Oberste Landesgericht hob die Verurteilung auf: „Der Angeklagte habe sich auch im Hinblick auf die öffentliche Diskussion über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Rückführung türkischer Staatsangehöriger zum verbalen Rundumschlag gerechtfertigt gefühlt. Die Sachbeschädigung mochte das Gericht dem Mann freilich nicht nachsehen - wir leben schließlich in einem ordentlichen Land.“ (SZ vom 5.8.86)

- Der 3. Strafsenat des BGH urteilt, daß Hetzparolen wie „Ausländer raus“ und „Juden raus“ keine Volksverhetzung sei.

- Das Oberlandesgericht Frankfurt entscheidet, daß ein Schild „Türken dürfen dieses Lokal nicht betreten“ keine Volksverhetzung sei, denn es stelle „... eine bloße Diskriminierung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Türken dar. Eine solche ist noch kein Angriff auf die Menschenwürde.“

- Die Verwaltungsgerichtsurteile, die die Abschiebung von Ausländern - trotz drohender Folter und Hinrichtung in der Heimat - für rechtens erklären, sind nicht mehr zählbar.

Strauß, Lummer, Späth und Kohl fordern lautstark die Abschaffung des Asylrechts. „Politisch Verfolgte genießen Asyl“, so steht es klar und eindeutig in Art. 16 Abs. 2 des Grundgesetzes. Art. 19 Abs. 2 Grundgesetz besagt: „In keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.“ Wir erleben es zwar tagtäglich, daß unsere Grundrechte eingeschränkt werden, aber mit dem Schrei nach Abschaffung des Asylrechts wird erstmals die generelle Streichung eines Grundrechts aus dem Grundgesetz gefordert. Doch das genügt noch nicht. Auch Art. 19 Abs. 4 des Grundgesetzes soll fallen, der be-

sagt: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.“ Diese Rechtsweggarantie soll beseitigt werden, da sie im Asylverfahren eine „lästige Verfahrensverzögerung“ darstelle. Damit wird der Willkür Tür und Tor geöffnet, gegen eine Ausweisung und Abschiebung hätte ein Ausländer keinerlei Rechtsbehelfe mehr.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal drastisch, daß man sich auf die Juristen nicht verlassen kann und darf, wenn es um den Erhalt und die Verteidigung der demokratischen Rechte geht. So wichtig das Engagement von demokratischen Juristen ist, so wichtig ist es auch, daß alle Antifaschisten und Demokraten die Entwicklung der Justiz genauestens verfolgen und sich sämtlichen Bestrebungen, diese Justiz wieder übernehmbar zu machen für einen faschistischen Staat, entgegenstellen.

Ein Antifaschist wird Richter

Mit noch einigen Genossen gelang mir im April 1945 die Flucht aus einer Kolonne von KZ-Häftlingen, die sich unter scharfer SS-Bewachung auf dem Marsch nach Theresienstadt befanden. Wir verbargen uns in der Gegend von Döbeln, bis uns die Rote Armee die endgültige Freiheit von der faschistischen Barbarei brachte. Vier Jahre Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ und acht Jahre KZ Buchenwald lagen hinter mir. (...)

Auch in Döbeln mußte die Gerichtsbarkeit wieder in Gang gebracht werden. Im Juli 1945 erhielt ich von der sowjetischen Kommandantur und vom Landrat des Kreises Döbeln den Auftrag, die Leitung des Amtsgerichts zu übernehmen. Auf meinen Einwand, ich hätte als Arbeiterkind doch keinerlei juristische Ausbildung genossen und meine einzige Berührung mit der Justiz hätte ich bei meiner Verurteilung durch das faschistische Sondergericht gehabt, erwiderten meine Genossen, politischer Kampf, Zuchthaus und Konzentrationslager seien doch „meine Universitäten“ gewesen, sie hätten mir Klassenbewußtsein und Menschenkenntnis vermittelt, und darauf komme es für einen Richter aus dem Volke ganz entscheidend an.

Von Gerhard Steingraber, in Neue Justiz 1975, Seite 256

Für die WAA Ausschaltung des bürgerlichen Rechts

Bayern spielt in der Verkürzung bzw. Abschaffung des Rechtswegs auf einem anderen Gebiet schon den Vorreiter. Rechtzeitig vor dem Baubeginn der WAA wurde die Verwaltungsgerichtsordnung geändert, so daß künftig die erste Instanz des Verwaltungsgerichts bei großtechnischen Anlagen wegfällt. Vor dieser Änderung wäre das Verwaltungsgericht Regensburg für eine Klage gegen die WAA in 1. Instanz zuständig gewesen. Das Verwaltungsgericht Regensburg hatte schon einmal einen Baustopp für das bei Landshut gelegene Kernkraftwerk Isar II verfügt; dieser Baustopp wurde dann vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München in 2. Instanz wieder aufgehoben. Indem sie mit

ihrer Mehrheit im Landtag die Verkürzung des Rechtswegs durchpeitschte, ging die CSU bezüglich der WAA gleich auf Nummer sicher.

Es erübrigt sich wohl der Hinweis, daß die Verkürzung des Rechtswegs bzw. die Abschaffung der Rechtsweggarantie ein Kennzeichen der faschistischen Justiz war. Der Justizminister von Schleswig-Holstein Henning Schwarz sagte auf der 16. Richterwoche 1983:

- „Wir müssen mißtrauisch werden:
- wenn Grundrechte beeinträchtigt werden, (...)
- wenn die Gleichheit vor dem Gesetz nicht mehr Maßstab ist
- wenn Rassendiskriminierung gewollt ist,
- wenn nicht Gesetze, sondern politischer Wille Maßstab richterlichen Han-

delns sein soll.“

Mißtrauen allein genügt aber nicht.

1983 sollten Hamburger Jurastudenten in einer Übungsarbeit prüfen, ob ein „35. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes“, das von der Bundesregierung vorgelegt worden sei, mit der Verfassung der BRD übereinstimme. Von den Prüflingen überrante einige das „Änderungsgesetz“ nicht für grundgesetzkonform, andere nur mit Bedenken für anwendbar. Fast 30 % aber hatten überhaupt keine Bedenken. Der zu prüfende Text war mit geringfügigen Veränderungen („Bund“ statt „Reich“) dem Ermächtigungsgesetz entnommen, mit dem die Faschisten alle Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzten.

„Und der Richter dort: zur Hetz' Schwenkt er frech ein alt Gesetz, Mit ihm von der Hitlerlei Spricht er sich und alle frei.“ B. B.

maximal 2 bis 3 % der Richter Sozialdemokraten waren oder den Arbeiterorganisationen nahestanden. Durch ihre Treue zum monarchistischen Staat, Verachtung für die Republik, Antikommunismus, Antisemitismus und Arbeiterfeindlichkeit waren sie nahtlos übernehmbar für den faschistischen Staat. Reichsjustizminister Gürtner, sein Staatssekretär Schlegelberger und Reichsgerichtspräsident Bumke, sie kamen alle vor der faschistischen Diktatur in ihr Amt und sie blieben auch danach in ihren Positionen. D.h. aber nicht, daß unter den Richtern, die in das „Dritte Reich“ übernommen wurden, schon vorher viele NSDAP-Mitglieder oder eingefleischte Nazis waren. Ende 1932 / Anfang 1933 war die Zahl der NSDAP-Richter noch relativ gering. Das änderte sich aber sehr schnell, schon im Mai 1933 war fast die Hälfte der Richter und Staatsanwälte in die NSDAP eingetreten. Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, im Oktober 1928 von dem Münchner Nazi-Rechtsanwalt Hans Frank gegründet, hatte zur Jahreswende 1932/33 erst 1347 Mitglieder, Ende 1933 waren es schon ca. 80 000 Mitglieder, davon 16 384 Richter und Staatsanwälte. Kein anderer Berufsstand war den Nazis so schnell, so widerspruchslos und so treu ergeben wie ausgerechnet die „Wahrer des Rechts“. Und ausgerechnet sie können am allerwenigsten sagen, sie haben nicht gewußt, wohin das alles führt. So ist z.B. ein fundamentaler Grundsatz im Strafrecht das Rückwirkungsverbot. Keine Strafe ohne Gesetz (nulla poena sine lege), d.h. eine Tat, die zum Zeitpunkt ihrer Begehung nicht strafbar war, darf nicht rückwirkend für strafbar erklärt werden. Ebensowenig darf

die gesetzliche Strafandrohung rückwirkend erhöht werden. Am 27. Februar 1933 zündeten die Nazis den Reichstag an. Sie wollten die Brandstiftung den Kommunisten in die Schuhe schieben, um endlich den ersehnten Vorwand zum Losschlagen gegen die Arbeiterbewegung zu haben. In der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ am 28.2.33, mit der alle demokratischen Rechte der Weimarer Verfassung beseitigt wurden, wurde die Todesstrafe für Hochverrat und schwere Brandstiftung eingeführt. Die Rückwirkung dieser Verordnung erfolgte durch das Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe vom 29. März 33. Also sofort nach der Machtergreifung wurden fundamentale Grundsätze des Rechts beseitigt, der Weg war frei, um Dimitroff und die anderen Angeklagten zu ermorden. Doch aus dem Angeklagten Dimitroff wurde der mutige Ankläger gegen den Faschismus und aufgrund der weltweiten Solidarität mußte das Reichsgericht ihn und die anderen angeklagten Kommunisten freisprechen. Aber das mißbrauchte Werkzeug der Nazis, van der Lubbe, wurde aufgrund des rechtswidrigen rückwirkenden Gesetzes zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Nazis tobten über ihre Niederlage, sie sahen die Freisprüche für die Kommunisten als Fehlleistung und damit so etwas nicht wieder passiert, wurde die Errichtung eines besonderen Volksgerichtshofs zur Aburteilung von Hoch- und Landesverratsdelikten eingerichtet.

Am 11. März 1933 stürmten SA-Leute das Gerichtsgebäude in Breslau, verprügelten jüdische Anwälte und Richter und jagten sie aus dem Gericht.



So problemlos wie die Richter der Kaiserzeit in die Weimarer Republik und von da in den faschistischen Staat übernommen wurden, genauso problemlos wurden sie vom Faschismus in die bundesrepublikanische Justiz übernommen. Auch in der Justiz hat keinerlei Abrechnung mit dem Faschismus stattgefunden.

Die meisten Weimarer Richter waren noch unter dem Kaiser Richter geworden. Sie stammten fast ausschließlich aus dem gehobenen Kleinbürgertum, waren Söhne von Beamten, Kaufleuten, Richtern, Professoren usw. Durch die Inflation 1923 verschlechterte sich auch ihr Leben. Doch anstatt das Großkapital als Ursache für die Krise zu erkennen, schoben sie die Schuld auf die Arbeiterbewegung. Wenn die Zusammensetzung der Richter den durchschnittlichen politischen Stand der Wähler in der Weimarer Republik wieder gespiegelt hätten, dann hätte es von den ca. 10 000 Richtern mindestens 4 000 sozialdemokratische und kommunistische Richter geben müssen. Tatsache ist, daß es keinen einzigen kommunistischen Richter gab und

Deutlicher konnte einem die drohende Gefahr für die vielbeschworene Unabhängigkeit der Justiz nicht mehr vor Augen geführt werden. Und was tat der Deutsche Richterbund (DRB)? Er stellte sich eine Woche, nachdem die Nazis für jeden offensichtlich das Recht mit Füßen getreten hatten, in einer Erklärung vom 19. März 1933 voll hinter die „Regierung der nationalen Erhebung“ und bekräftigte: „Der Deutsche Richterbund bringt der neuen Regierung volles Vertrauen entgegen.“ Im Aprilheft des „Zeitspiegel“ (Zeitung des DRB), die der Vorsitzende des DRB Karl Linz persönlich redigierte, waren die Forderungen des BNSJD nachzulesen: „Alle deutschen Gerichte einschließlich des Reichsgerichts sind von Richtern und Beamten fremder Rassen unverzüglich zu säubern ... Schon jetzt ist allen fremdrassigen Anwälten, die als eingeschriebene Mitglieder marxistischer Parteien, also der SPD und KPD angehört haben, die Zulassung sofort zu entziehen. Das gleiche gilt natürlich auch für die marxistisch gesinnten Richter.“ Ausgerechnet in der Zeitung des Deutschen Richterbundes wurde also der Forderung nach Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter Platz gegeben. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 legalisierte das Vorgehen der Nazis. Von den ca. 10 000 Richtern der Weimarer Republik wurden ungefähr 500 bis 600 aus ihren Beamtenstellungen geworfen. Die

Mehrheit von diesen wurde nicht entlassen, weil sie politisch oppositionell waren, sondern aufgrund des berüchtigten „Arier-Paragraphen“ wegen

ihrer jüdischen Abstammung. Von den mehr als 100 Richtern des Reichsgerichts wurden sieben wegen ihrer jüdischen Herkunft und einer wegen seiner Zugehörigkeit zur SPD in den Ruhestand versetzt. Das Personal des Justizministeriums konnte problemlos ohne Auswechslung übernommen werden. Ein Mitarbeiter des Ministeriums schrieb 1939 voller Stolz: „So fand denn der Nationalsozialismus bei der Machtübernahme in dem vorhandenen Reichsjustizministerium ein einsatzbereites, schlagkräftiges Instrument vor, mit dem die kommenden Aufgaben angepackt werden konnten.“ Ca. 95 % der Richter der Weimarer Republik wurden nahtlos von dem faschistischen Terrorregime übernommen

„Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen.“

Von 1933 bis 1945 hat die deutsche Justiz mindestens 32 000 Todesurteile gefällt, davon über 30 000 Todesurteile in den Jahren 1941 bis 1945. (Im 1. Weltkrieg wurden insgesamt 291 Todesurteile gefällt.) Von 1942 an (Stalingrad - Kriegswende) ermordeten die deutschen Richter im Monat durchschnittlich 720 Menschen. Der einzig ernsthafte Versuch, die Verbrechen dieser justitiellen Hinrichtungsmaschinerie zu sühnen, war der Nürnberger Juristenprozeß, den der amerikanische Militärgerichtshof 1947 gegen 14 Richter und Justizministerialbeamte durchführte. Angeklagt waren u.a. Franz Schlegelberger und Oswald Rothaug. Schlegelberger war unter dem Faschismus zeitweise amtierender Reichsjustizminister. Er hatte die be-

rüchtigte Polenstrafrechtsverordnung entworfen, nach der Polen und Juden zum Tode verurteilt werden konnten, wenn sie „durch gehässige oder hetzerische Betätigung eine deutschfeindliche Gesinnung bekundeten, insbesondere deutschfeindliche Äußerungen machen.“ Dieser Rassismus kostete Tausenden von Polen und Juden das Leben. Die polnische Landarbeiterin Anna Zaremba mußte auf einem deutschen Bauernhof Zwangsarbeit leisten. Als sie mit der deutschen Bäuerin Streit hatte, wurde sie zum Tode verurteilt. Nicht einmal die Tatsache, daß Anna Zaremba schwanger war, hinderte die Richter an der Verhängung der Todesstrafe. Der entsprechende Paragraph der Strafprozeßordnung, der die Todesstrafe für werdende Mütter verbietet, sei eine Schutzvorschrift nur für deutsche Frauen.

Oswald Rothaug war Landgerichtsdirektor in Nürnberg. Er verurteilte den 68-jährigen Vorsteher der Jüdischen Kultusgemeinde Leo Katzenberger zum Tode, weil er angeblich intime Beziehungen mit der verheirateten deutschen Fotografin Irene Seiler gehabt hätte. Als Frau Seiler unter Eid aussagte, daß die Beziehungen rein freundschaftlicher und väterlicher Natur waren, ließ Rothaug sie wegen Meineid anklagen und schaltete sie damit zugleich als Entlastungszeugin für Leo Katzenberger aus.

Schlegelberger und Rothaug sowie zwei weitere Angeklagte erhielten lebenslänglich, sechs Angeklagte Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren und vier Angeklagte wurden freigesprochen: Keine vier Jahre nach dem Urteil waren fast alle wieder frei. Schlegelberger erhielt auch noch die Pension für die Haftzeit nachbezahlt, außerdem „ziert“ sein Name noch heute einen Großkommentar zum Handelsgesetzbuch. Das Nürnberger Juristenurteil tat etwas, zu dem sich nachher kein bundesdeutsches Gericht entschließen konnte: es behandelte die gesamte NS-Justiz als verbrecherische Institution. „Der Kern der Anklage in diesem Fall besteht ja gerade darin, daß die Gesetze, die Hitler-Erlasse und das drakonische korrupte und verderbte nationalsozialistische Rechtssystem als solches in sich selbst Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und daß eine Teilnahme an dem Erlaß und der Durchführung dieser Gesetze verbrecherische Militärschaft bedeutet. (...) Die Beschuldigung, kurz gesagt, ist die der bewußten Teilnahme an einem über das ganze Land verbreiteten und von der Regierung organisierten System der Grausamkeit und der Ungerechtigkeit unter Verletzung der Kriegsgesetze und der Gesetze der Menschlichkeit, begangen im Namen des Rechts und der Autorität des Justizministeriums und mit der



Justiz-Referendare in Jüterborg, August 1933. In der Mitte Reichsjustizminister Kerrl



Anwälte während der Nationalhymne im 3. Reich

Hilfe der Gerichte. Der Dolch des Mörders war unter der Robe des Juristen verborgen.“ (Nürnberger Juristenurteil).

„... ist zunächst zu erörtern, ob das Todesurteil des Volksgerichtshofes zu Recht ergangen ist.“ BGH St 4,66/68

Kein Nazi-Richter wurde je von einem Gericht der BRD verurteilt. Man kann aber nicht sagen, daß kein Nazi-Richter vor Gericht gestellt wurde - das würde den Skandal beschönigen. Zwar wurden die meisten Verfahren gar nicht erst eröffnet, aber die Mörder in Robe, die vor Gericht standen, wurden mit Glanz und Gloria freigesprochen. Z.B. Dr. Otto Thorbeck. Er war Chefrichter beim SS- und Polizeigericht München. Er verurteilte am 8. April 1945 im KZ Flossenbürg den Pastor Dietrich Bonhoeffer und vier andere Widerstandskämpfer zum Tod durch den Strang. Vom BGH wurde er am 25. Mai 1956 mit folgender Begründung freigesprochen: „Einem Richter, der damals einen Widerstandskämpfer wegen seiner Tätigkeit in der Widerstandsbewegung abzuurteilen hatte und ihn in einem einwandfreien Verfahren für überführt erachtet, kann heute in strafrechtlicher Hinsicht kein Vorwurf gemacht werden, wenn er angesichts seiner Unterworfenheit unter die damaligen Gesetze nicht der Frage nachging, ob dem Widerstandskämpfer etwa der Rechtfertigungsgrund des übergesetzlichen Notstands zur Seite stehe, sondern glaubte, ihn des Hoch- und Landesverrats bzw. des Kriegsverrats (§ 57 MStGB) schuldig erkennen und deswegen zum Tode verurteilen zu müssen.“

Am 9. Mai 1945 schrieb der Matrose Fritz Wehrmann auf eine Fotografie

für seine Braut: „9. Mai 1945. Meiner lieben Rita als letzten Gruß. Herzlichst Dein Fritz. Ich mußte Dich leider doch verlassen.“ Der Funker Gail aus Kassel, 19 Jahre alt, schrieb am selben Tag an seine Mutter: „Der Krieg war ja aus. Wir werden die letzten Opfer sein. Bei der Verhandlung habe ich die Gerechtigkeit so richtig als Hohn empfinden können.“ Wehrmann und Gail wurden am 10 Mai 1945 (!) wegen Fahnenflucht hingerichtet. Ihre Mörder in Robe und Uniform wurden am 27. Februar 1953 freigesprochen.

Das Todesurteil gegen Leo Katzenberger wurde in den Jahren 1968 bis 1976 noch einmal aufgerollt. Angeklagt waren Dr. Karl Josef Ferber und Dr. Heinz Hugo Hoffmann. Sie hatten als beisitzende Richter zusammen mit Oswald Rothaug das Todesurteil gefällt. Irene Seiler mußte als Zeugin noch einmal dazu Stellung nehmen, ob sie mit Leo Katzenberger intim war. Bedenkt man, daß die sog. „Rassenschandeprozesse“ der Ort waren, wo die verklemmten Richter ihre geilen Phantasien und ihre pornographischen Gelüste austoben konnten, dann kommt einem das Kotzen bei folgenden Passagen im Urteil von 1968 (!): „Die angeregte sexuelle Form des Geschlechtsverkehrs. (...) Solange Frau Seiler noch keine festen Bindungen zu ihrem späteren Ehemann aufgenommen hatte, konnten äußere Umstände kein ernstliches Hindernis bedeuten. Dann bei den zahlreichen Begegnungen unter vier Augen, hat es den beiden nicht an Gelegenheit gefehlt. Von Frau Seiler stand auf Grund ihres Geständnisses auch fest, daß sie vor ihrer Eheschließung manchen Freund hatte, dem sie sich geschlechtlich hingegeben hat. Man konnte ihr schon aus diesem Grund zutrauen, daß sie auch dem Ge-

schlechtsverkehr mit Katzenberger nicht abhold war, der trotz seines Alters noch gut ausseh. (...) Auch die Rassenschande vollzieht sich in der Form des Geschlechtsverkehrs oder von unzünftigen Handlungen. (...) Für die Tat, den Schuldspruch des Sondergerichts als richtig unterstellt, hätte nur eine zeitliche Zuchthausstrafe ausgesprochen werden dürfen.“ Also das Todesurteil war zu hart, aber ins Zuchthaus hätten sie den Leo Katzenberger ohne weiteres werfen dürfen. Der Trick bei der Reinwaschung der Richter ist immer derselbe: Für den Tatbestand der Rechtsbeugung wird direkter Vorsatz verlangt. D.h. eine richterliche Tötung darf nur bestraft werden, wenn der Täter wider besseres Wissen das Recht beugt. In der Praxis bedeutet das, je mehr die Richter sich darauf versteifen, daß sie die Nazi-Gesetze für richtig und legal befunden hatten, umso weniger konnte man ihnen einen Rechtsbeugungsvorsatz nachweisen. Das führte ins Groteske: Als Oswald Rothaug 1947 vor dem amerikanischen Militärgerichtshof angeklagt war, wurden die beisitzenden Richter Dr. Ferber und Dr. Hoffmann als Zeugen vernommen. Um sich selber reinzuwaschen, schoben sie damals alle Schuld auf Rothaug, der sie nur durch Druck zur Zustimmung zum Todesurteil bewegt hätte. Als sie zwanzig Jahre später selbst angeklagt waren, war ihre eigene frühere Aussage der Stein, über den sie stolpern mußten. Denn wäre von seiten Rothaug ein Druck auf sie erforderlich gewesen, dann hätten sie ja wissen müssen, daß das Todesurteil Unrecht ist. Also widerriefen sie flugs ihre früheren Aussagen und behaupteten nun, nicht Rothaug, sondern der amerikanische Vernehmungsbeamte habe sie unter Druck gesetzt und in Wahrheit wären sie damals von der Rechtmäßigkeit und der Notwendigkeit des Todesurteils für Katzenberger absolut überzeugt gewesen. Folglich hätten sie keine vorsätzliche Rechtsbeugung begangen. Im August 1976 wurden die Verfahren gegen Dr. Ferber und Dr. Hoffmann endgültig eingestellt.

Die Nazi-Richter wurden nicht angeklagt, weil sie die Nazi-Gesetze angewandt. Sondern es wurde immer geprüft, ob sie die Nazi-Gesetze korrekt im Sinne dieser Nazi-Gesetze angewandt hatten. Das „Blutschutzgesetz“, die „Volksschädigungsverordnung“, die „Polenstrafrechtsverordnung“, das „Heimtückegesetz“ und die „Standrechtsverordnung“ - das waren die Tatwaffen der Justiz-Mörder. Diese Tatwaffen wurden von der BRD-Justiz als normale Gesetze behandelt, die zwar heute nicht mehr gelten, aber eben damals galten und angewandt werden mußten.

Die Nazi-Gesetze wurden von den

Alliierten abgeschafft, aber die BRD hat keinem dieser Gesetze die Gültigkeit während der Nazi-Zeit abgesprochen. Filbingers Satz „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ wird vom BGH bestätigt, denn er erkennt den faschistischen Staat und seine Justiz (inklusive Stand- und Sondergerichte und Volksgerichtshof) als legal und legitim an. „Die formelle Gültigkeit einer Rechtsnorm - die Frage, ob ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung verfassungsmäßig zustande gekommen ist - kann nur nach dem Staatsrecht beurteilt werden, das zur Zeit dieses Zustandekommens gilt oder gegolten hat. (...) Nachdem einmal die Diktatur zur Regierungsform des Deutschen Reiches geworden war, kann den in der Zeit dieser Diktatur gesetzten Rechtsnormen die Gültigkeit nicht deshalb abgesprochen werden, weil die Art ihres Zustandekommens den Grundsätzen einer Diktatur entspricht. (...) Es ist anerkanntes Rechts, daß eine gelungene Revolution neues Verfassungsrecht und neue Gesetzgeber schafft, die neues formell gültiges Recht setzen können. Die durch die Umwälzung geschaffene neue Staatsgewalt muß staatsrechtlich anerkannt werden: Die Rechtswidrigkeit ihrer Begründung steht dem nicht entgegen, weil die Rechtmäßigkeit der Begründung kein wesentliches Merkmal der Staatsgewalt ist. Der Staat kann ohne Staatsgewalt nicht bestehen; mit der Beseitigung der alten Gewalt tritt die sich durchsetzende neue Gewalt an ihre Stelle.“ (BGH NJW 52. 622/623).

Der Jurist Norman Paech wertet das so: „Der Bundesgerichtshof war bereit zu etwas, zu dem wohl noch nie ein deutsches Obergericht bereit gewesen war, nämlich eine wie er es nannte „Revolution“ anzuerkennen. Und es war auch nur deshalb dazu bereit, weil es sich bei der Machtübertragung auf den Faschismus gar nicht um eine Revolution gehandelt hatte, sondern um die Fortführung der bürgerlichen Herrschaft mit anderen Mitteln.“

Ununterbrochene, steile Karrieren

Die Nazi-Gesetze wurden als Tatwaffen nicht mehr gebraucht, aber die Täter. Während in der sowjetisch besetzten Zone schon die NSDAP-Mitgliedschaft unvereinbar war mit dem Richteramt, setzte sich in den Westzonen bei der Besetzung von Richterstellen bald das sog. Huckepack-Verfahren durch: Für jeweils einen unbelasteten Richter wurde ein Nazi-Richter eingestellt. Diese 50 %-Quote ehemaliger Nazi-Richter wurde bald erhöht, weil ein großer Mangel an unbelasteten Richtern herrschte. (Auf die Idee, Antifaschisten als Richter einzusetzen, kam man wohlweislich nicht). Als Gustav Heinemann 1966 Bundesjustizminister wurde, war die Fraktion der ehe-

maligen Nazi-, Kriegs- und Sonderrichter am BGH größer als die Zahl der eingeschriebenen Sozialdemokraten in den BGH-Senaten.

Hier nur einige Beispiele für glänzende Karrieren: Wolfgang Immerwahr Fränkel, als Fanatiker der Todesstrafe bekannt, setzte mehrmals energisch bei der Reichsanwaltschaft durch, daß angeblich zu milde Zuchthausstrafen in Todesurteile umgewandelt wurden. 1962 wurde Fränkel Generalbundesanwalt.

Dr. Ernst Kanter war zunächst am berühmtesten Reichskriegsgericht tätig und ab 1943 oberster Kriegerichter in besetzten Dänemark. Er hat mindestens 103 Todesurteile gegen dänische Widerstandskämpfer bestätigt. Kanter wurde Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium und 1958 wurde er als Senatspräsident am BGH ausgerechnet Vorsitzender des Senats für politische Strafsachen.

Der Staatsanwalt Dr. Dreher erwirkte ebenfalls mehrfach die Umwandlung von Zuchthausstrafen in Todesurteile. Er brachte es zum Ministerialdirigenten im Bundesjustizministerium und der Standardkommentar zum Strafgesetzbuch trägt heute noch seinen Namen und steht auf dem Schreibtisch eines jeden Strafrichters.

Der meistbenutzte Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch trägt immer noch den Namen von Otto Palandt. Wegen seiner Linientreue wurde er 1933 erst Präsident des Preußischen, dann des Reichsprüfungsamtes und richtete in dieser Position die Ausbildung der jungen Juristen im Nazi-Geist aus.

Das von den Nazis als „Blutschutzgesetz“ bezeichnete Rassegesetz von 1935 wurde u.a. von den ehrenwerten Herren Dr. Knost, Maßfeller und Dr. Globke kommentiert. Nach 1945 wurde Dr. Knost Regierungspräsident von Braunschweig und Maßfeller fand als Abteilungsleiter im Bundesjustizministerium Verwendung. Dr. Globke - Freisler lobte seine Kommentierung als besonders „eindrucksvoll“ und unentbehrlich durch die „Gediegenheit der Kommentierung“ - wurde als Staatssekretär im Kanzleramt die rechte Hand von Adenauer. 1963 wurde er mit dem Großkreuz des Verdienstordens der BRD ausgezeichnet. Im Oktober 1984 erstattete der Österreicher Anton Reschny Anzeige gegen Professor Dr. Erich Schwinge wegen versuchten Mordes. Als 17-jähriger, gerade erst 7 Tage Soldat, hatte Reschny nach einem Bombenangriff in Wien bei der Räumung eines vom Feuer bedrohten Hauses geholfen und dabei eine Geldbörse und andere Kleinigkeiten eingesteckt. Von dem Kriegerichter Erich Schwinge wurde er dafür zum Tode verurteilt, obwohl damals bei Ju-

gendlichen 10 Jahre Zuchthaus die obere Strafgenze war. Erich Schwinge vermittelte seit 1946 als Professor junge Studenten seine Rechtskenntnisse und wurde Rektor der Universität Marburg. Sein Opfer Reschny hat durch Zufall den geplanten Mord überlebt, aber seine Anzeige gegen Schwinge wurde verworfen.

Richter Kolhoff hatte an fünf Todesurteilen (u.a. wegen Schwarzschlachtung) mitgewirkt. Nach 1945 wurde er Amtsgerichtsrat in Wolfenbüttel. Die gegen ihn gestellte Strafanzeige wurde 1960 vom Oberstaatsanwalt am Landgericht Braunschweig Hartger „mangels eines Tatverdachts eingestellt.“ Hartger hatte Erfahrung in der Beurteilung von Todesurteilen. Am 9. Mai 1945 (!) hatte er als Anklagevertreter eines Feldkriegsgerichts in Norwegen die Todesstrafe für vier österreichische Soldaten gefordert, die nach der Kapitulation die Nazi-Wehrmacht verlassen hatten. Sie wurden am 10. Mai hingerichtet.

Dies sind nur wenige Beispiele, die zeigen, daß auch in der Justiz in kleinster Weise mit dem Faschismus abgerechnet wurde.



Montage von John Heartfield

Literatur zum Thema:

Jörg Friedrich: Freispruch für die Nazi-Justiz

Jörg Friedrich: Die kalte Amnestie Hirsch/Majer/Meinck: Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus

Reifner/Sonnen: Straffjustiz und Polizei im Dritten Reich

Ilse Staff: Justiz im Dritten Reich Norman Paech u.a.: Recht, Justiz und Faschismus

Kurt Tucholsky: Politische Justiz

STRAUSS IN AKTION:

Beten als oberstes Lernziel

Schulgebete sollen in Bayerns Klassenzimmern nach dem Willen der CSU wieder stärker gefördert werden. Diesen Auftrag hat der kulturpolitische Ausschuß des Landtags anhand zweier CSU-Anträge gegen die Stimmen der Opposition der Staatsregierung erteilt. Sie soll darauf hinwirken, daß die Möglichkeit des Schulgebetes zum Beginn und am Ende des Unterrichts an allen Schulen regelmäßig angeboten wird. Zweck der Initiativen ist es, „daß die Erreichung des in der Bayerischen Verfassung ausgewiesenen obersten Erziehungszieles, ‚Ehrfurcht vor Gott‘, an allen bayerischen Schulen als Prinzip des Unterrichtes in verstärktem Maße angestrebt wird.“ (SZ 17./18./19.5.86)

In Glaubensfragen mindestens genauso zuständig wie der Papst

„Ein gläubiger und verantwortungsbewußter Christ kann mit guten Gründen der Überzeugung sein, daß auch ein Kraftwerk ein Teil des göttlichen Auftrags ist: ‚Macht euch die Erde untertan!‘“ Es wäre ein „bewußter und grober Mißbrauch des Christentums“, wenn der Anschein erweckt werde, „als ob ein Christ, der seinen Glauben und die sich daraus ergebende Verantwortung ernst nimmt, Gegner der WAA sein müsse.“ Angesichts des „beängstigenden Mißbrauchs von Kirche und Religion beim Protest gegen die WAA für demagogische Zwecke sei es eine „besonders dringende Aufgabe, der Verwirrung der Geister entgegenzutreten.“ „Hier mißbrauchen Funktionäre von Jugendverbänden“ - namentlich ist der Bund der Deutschen Katholischen Jugend genannt - „ihre Stellung: sie vermischen Kirche und Politik.“ (SZ 17./18./19.5.86) Kirchliche Gruppen und Amtsträger begäben sich gar „in die Gesellschaft von verfassungsfeindlichen extremistischen Organisationen.“ (SZ, 12.6.86) Und da ist man natürlich gleich beim Fürst der Hölle! Strauß vor dem CSU-Parteiauschuß: „Wer die Menschen verwirrt, wer sie ohne Grund in Unsicherheit, Aufregung und Furcht versetzt, betreibt das Werk des Teufels.“! (SZ, 12.6.86) Die Maßregelung der betreffenden Pfarrer erfolgte auf dem Fuße. Sie wurden angewiesen, keine Gottesdienste mehr bei Protesten gegen die WAA zu halten.

Den Mißbrauch gar nicht erst reinlassen.

Nachdem der ehemalige West-Berliner Innensenator Lummer voreerst in der Versenkung verschwunden ist, hat die Junge Union Bayern von ihm die For-

derung übernommen, das Grundgesetz hinsichtlich der Gewährung von Asyl zu ändern. Sie schlägt vor, das uneingeschränkte Recht auf Asyl abzuschaffen. Dann wäre es möglich, Asylbewerber aus bestimmten Staaten, denen man kein Asyl geben wolle (die JU drückte es vornehmer aus: für die keine Aussicht auf Anerkennung besteht), „schon an der Grenze oder beim Aufriff im Inland“ sofort zurückzuweisen! Vernünftig ist nach Ansicht der JU auch die Forderung, politische Flüchtlinge sollten zunächst in Ländern Aufnahme suchen, „die ihrem gewohnten Kulturkreis am nächsten kommen“ - so bliebe die BRD vor den unerwünschten asiatischen und afrikanischen Flüchtlingen gleich ganz verschont, heißt das im Klartext - auch das verhindere der Artikel 16 des GG. Insgesamt will die JU damit nur Gutes tun: es sei schließlich ein Gebot der Humanität gegenüber den wirklich politisch Verfolgten, dem Mißbrauch durch „Wirtschaftsflüchtlinge“ ein Ende zu bereiten! Um schon jetzt gegen den „Mißbrauch“ vorgehen zu können, fordert die JU die konsequentere Durchsetzung der Abschiebung nach erfolgloser Beendigung des Asylverfahrens, die Unterbringung ausschließlich in Sammel-

unterkünften und die Ausweitung des Arbeitsverbots auf die gesamte Dauer des Asylverfahrens. (SZ, 10.6.86)

Strauß kann's mit Springer

Strauß hat (laut Spiegel) Aktien des Springer-Konzerns im Nennwert von 66 000 DM (Kurs derzeit ca. 540 000 DM) erworben, obwohl es im Verlag immer geheißen hatte, Politiker sollten keine Anteile erhalten.

Internationaler Terrorismus

Im amerikanischen Kongreß ärgerte man sich. Die Washington Post hatte 1985 berichtet, die CIA plane, Khadafi in politische und terroristische Abenteuer zu locken, damit seinen Widersachern in Libyens Militär Gelegenheit gegeben werde, ihn zu stürzen und Nachbarstaaten Libyens zum Vorgehen gegen ihn gebracht werden können. Die Verärgerung im Kongreß bezog sich natürlich auf die Veröffentlichung der Pläne, nicht auf die Pläne selbst. Was indessen gelang, mithilfe einer konzertierten Aktion der Presse, Libyen als Terroristenhort darzustellen, ohne entscheidende Beweise vorzulegen. Die CSU ging, wie immer, nach



Offensichtlich in Ermangelung eines V-Mannes unterrichtet Innenminister Zimmermann Verteidigungsminister Wörner im Gebrauch einer Stahlschleuder.

einen Schritt weiter und forderte analog zu Reagan ein härteres Vorgehen gegen Libyen, also Wirtschaftssanktionen und Schließung der „Volksbüros“. Militärisches Eingreifen sah sie wegen der hohen Zahl der Deutschen in Libyen als problematisch an.

Nach dem Überfall konnte man jedoch seine Genugtuung nicht verborgen. Zimmermann nannte die Bombardierung lybischer Städte auf einer CSU-Veranstaltung in München eine „gewaltige Leistung“. (SZ, 28.4.86) Strauß sprach von einem „maßvollen Vergeltungsschlag“ und kritisierte nur jene Europäer, „die sich den amerikanischen Bitten um eine gemeinsame Abwehrfront gegen den lybischen Staatsterrorismus verweigerten. Sie seien mitschuld, daß durch ihre Untätigkeit Reagan zu diesem Schritt „genötigt“ worden sei! Amerikas Schritt „war nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig“. „Wer nicht hören will, muß fühlen.“ (nach Quick)

Musik statt Zensur

Weil sich der Bayerische Rundfunk „nicht mit dem SFB über die Verantwortung einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt verständigen konnte, was die Verletzung des Geschmacks, der Lebenswerte und der Würde anderer angeht“, verordnete BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller den bayerischen Zuschauern Abstinenz: sie durften den „Scheibenwischer“ Dieter Hildebrandts nicht sehen. Um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, hier finde Zensur statt, wurde Dieter Hildebrandt in der Musik-Show „Heiße Ware Swingt“ vorgeführt. Der PEN-Club prangerte scharf die Verletzung des GG an und sieht darüber hinaus richtigerweise auch die Bestrebungen, den Zusammenschluß der ARD zu sprengen. Der BR hat sich nun schon zum 5. Mal aus dem ARD-Programm ausgeblendet.

Aus übergelbem Herzen ...

Das Archiv der Seliger-Gemeinde, der sudetendeutschen sozialdemokratischen Vereinigung, hat folgendes Telegramm veröffentlicht, das Auen 1938 an Hitler richtete:

An den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, Berlin
Am Tage des Einmarsches der deutschen Truppen in Tepitz-Schönau begrüße ich Sie, mein Führer, als den Vertreter des Reiches aus übergelbem Herzen. Ich danke der Vorsehung, daß es mir vergönnt ist, diesen Tag zu erleben, auf dessen Kommen ich seit meiner Jugend gehofft und an den ich in den letzten zwanzig Jahren trotz der um sich greifenden Verzweiflung geglaubt habe. Der Verrat am Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes konnte nur von diesem Selbst gerächt werden, und nur aus der Mitte Europas konnte die Neugestaltung in Angriff genommen werden, deren Umrisse wir bereits sich abzeichnen sehen.

CSU ehrt Faschisten (1)

Der bayerische Sozialminister Franz Neubauer kam zur Enthüllung der Gedenktafel. Er würdigte den posthum Geehrten als „herausragende Persönlichkeit seines Herkunftlandes, ja der mitteleuropäischen Geschichte“. Er sei ein Demokrat nationalliberaler Gesinnung gewesen, der das Selbstbestimmungsrecht aller Völker sehr ernst genommen habe (jetzt wird's interessant!). Er habe den Anschluß der Tschechoslowakei an das Deutsche Reich nicht begrüßt, weil er etwa Nationalsozialist sei, (aber vom Selbstbestimmungsrecht des tschechischen Volkes muß er sehr wenig gehalten haben), sondern „weil er nach dem Anschluß Österreichs seinen Traum vom Zusammenschluß aller deutschsprachigen Völker verwirklicht sah“ (also gehört das tschechische Volk auch zu den deutschsprachigen Völkern??). (SZ, 28.4.86)

Der, der da in der Freisinger Innenstadt durch einen Festakt und eine Gedenktafel geehrt wurde, war der erste

Sie, mein Führer, haben uns Vaterland und Heimat, dem deutschen Volk die Selbstachtung und den Glauben an seine nationale Idee gegeben, Europa aber den Weg geweisen, ohne den es einer unvorstellbaren Vernichtung preisgegeben worden wäre. Es erschien mir abwegig, wollte ich als einer der unbekannten Soldaten das Heer derjenigen vermehren, die Ihnen, mein Führer, an diesen Tagen Dankesgedanken bezeugen, dies deshalb, weil der Glaube an Sie in deutschen Herzen längst zur Selbstverständlichkeit geworden ist und, so Gott will, sich über ganz Europa ausbreiten wird. Ich kann aber den Tag unserer Befreiung nicht vorübergehen lassen, ohne meines und Ihres verstorbenen Freundes und Mitkämpfers Hans Knirsch zu gedenken, der bis zu seinem Tode an Deutschland und Ihre Sendung, mein Führer, geglaubt hat. Im Gedenken an ihn sende ich Ihnen diesen Gruß.

Dr. Rudolf Ritter Lodgman von Auen
einst Landeshauptmann
von Deutschböhmen

Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Rudolf Lodgman von Auen. Der Vorwurf, daß er Nationalsozialist gewesen sei, entbehre jeder Grundlage, verteidigt ihn der jetzige Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CSU Minister Neubauer.

Seine Gegner bestanden trotz so hoher Fürsprache auf ihrer Gegenkündigung, bei der Grüne, VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes), DKP und Freisinger Friedensinitiative zusammenfanden. Sie gruben im Archiv der Seliger-Gemeinde auch jenen Brief Lodgman von Auenes an Hitler aus, der jeden Kommentar erübrigt.

CSU ehrt Faschisten (2)

Altnazi Oberländer, in der DDR zu lebenslang Zuchthaus verurteilt, weil er an der Ermordung von Juden und Polen in Lemberg beteiligt war, erhielt am 19.6.86 den bayerischen Verdienstorden. Der Orden wird für „hervorragende Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk“ verliehen.

Unter Ehrenmännern

Strauß zur Bundespräsidentenwahl in Österreich: „Man soll endlich aufhören, in verstaubten Archiven nach Belastungsmaterial aus der Zeit vor 50 Jahren zu suchen.“ (Auf der politischen Kundgebung bei der traditionellen Wallfahrt des Katholischen Männervereins Tuntenhausen, nach SZ 5.5.86)

Eingestellt

Der SPD Landtagsabgeordnete Peter Kurz konnte nach dem ersten CS-Gas Einsatz zu Ostern zwei Tage lang nicht richtig sehen. Er stellte Strafanzeige gegen den Innenminister. Das Verfahren hat die Staatsanwaltschaft Amberg inzwischen eingestellt, weil die Gasanwendung rechtmäßig gewesen sei. Ihrer Logik folgend ist die Besetzung eines Baumes verwerflicher als ein Gasangriff auf demonstrierende Bürger.



Volksabstimmung

Bei der Einweihung der neuen Automobilhalle im Deutschen Museum in München wagte es Bürgermeister Hahnzog, auch die „Schattenseiten“ des Autos, vergaste Luft, quälender Lärm bis zur ungeheuerlichen Zahl der Verkehrstote, anzusprechen. Das war dem leidenschaftlichen Raser Strauß schon zu viel: ob das Auto Wohltat oder Plage sei, darüber stimmten täglich Millionen Autofahrer mit dem Lenkrad ab, gab er als nächster Redner zurück. Es sei unredlich, „das Auto in Bausch und Bogen zu verdammen und so zu tun, als geschähe überhaupt nichts, damit die schädlichen Auswirkungen des Autoverkehrs verringert und aufgehoben werden.“ Er setze „auf die Intelligenz unserer Ingenieure“ und auf die Kräfte des Marktes, auch hinsichtlich des Umweltschutzes, „der nicht gegen, sondern nur durch den technischen Fortschritt verbessert werden kann.“ Danach erhielt er den goldenen Ehrenring des Museums „für die überlegte vorausplanende Politik der Staatsregierung“, die dem Unternehmertum auch Mut zum Risiko vermittele. (SZ 9.5.86) Frau Marianne Strauß konnte dieser Ehrung leider nicht mehr beiwohnen.

Österreich in der Kompetenz des Innenministers

„Seit der Nazi-Zeit hat niemand mehr den Mut gehabt, so mit Österreich zu reden.“ (Leopold Wagner, Landeshauptmann von Kärnten, zur Äußerung von Innenminister Zimmermann, die Österreicher sollten bei ihrer Kritik an der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf an die engen Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik denken.) (Die Zeit, 6.6.86)

Verstärkte Propaganda

Strauß nach der Landtagswahl in Niedersachsen auf die Frage, auf welchen Gebieten sich die Bonner Politik künftig besser zeigen müßte: „In der Selbstdarstellung, in der sozialen Glaubwürdigkeit - obwohl sie in der Sache ausgezeichnetes leistet, aber in der Selbstdarstellung noch nicht - , in der Agrarpolitik und in der Perspektive für die nächsten vier Jahre.“ (Spiegel 40/86, Seite 28)

Und ungeheuerliche Demagogie

Strauß nach der Wahl in Niedersachsen über die Aussichten bei der bayerischen Landtagswahl: „Hier herrscht nicht der Eindruck, man brauche die FDP, um den Einzug der rot-grünen Leibstandarte Hiersemann zu verhindern.“ (AZ, 18.6.86) Der Kommentar der AZ läßt den ungeheuren Afront von Strauß dabei total unter den Tisch fallen; die AZ übersetzt Strauß so: „Was er meint: Bayerns SPD setzt nicht auf Sieg, auch nicht mit den Grünen, also kann die CSU getrost auf die FDP als Steigbügelhalter zur Macht verzichten.“ Auf was es Strauß aber ankam, war der Vergleich mit der „Leibstandarte“ - die „Leibstandarte Adolf Hitler“ war nämlich gemeint! So sehr hat sich die Öffentlichkeit bereits an die jahrelang geübte Praxis der CSU gewöhnt, die SPD mit den Faschisten gleichzusetzen - und das heißt Gleichsetzung der Opfer mit den Mördern! - daß gar kein Protest erfolgte. Auch Geisler hat diesen perfiden Vergleich übernommen. Er nannte kürzlich die Grünen den „Volkssturm der SPD“, also das letzte Aufgebot der Faschisten. Diese Praxis der Demagogie stammt von den Faschisten. Hitler und Goebbels waren der Meinung, daß man eine Lüge nur oft genug wiederholen müsse, daß sie geglaubt werde.

Kultur zum Ersten!

Generalintendant August Everding (CSU) „Einen Schauspieler wie Sepp Bierbichler hätte ich entlassen“. (Auf einer Veranstaltung mit der Jungen Union in München. Everding verhandelt derzeit mit dem Kultusminister wegen einer Erweiterung seiner Kompetenzen insbesondere im personellen Bereich.)

Kultur zum Zweiten!

Vor den Regionalbeauftragten des Goethe-Instituts forderte Strauß eine Kurskorrektur für die auswärtige Kulturpolitik. Strauß kritisierte: Während die DDR ihr Land im Ausland in hellen und festlichen Farbtönen male, bilde sich die BRD, laut Strauß, in den Köpfen der Ausländer vorwiegend in düsteren Farben ab. Strauß meinte, seit beinahe zwei Jahrzehnten unterhöle ein „erheblicher Teil der deutschen schreibenden Zunft“ den demokratischen Rechtsstaat, indem seine Grundlagen ständig „hinterfragt“, seine verantwortlichen Persönlichkeiten verunglimpft und seine Institutionen böswillig verzerrt dargestellt würden. Strauß sagte, wer im Ausland von der Bundesrepublik als von einem Atom- und Polizeistaat rede und behaupte, dort würden monopolkapitalistische Interessen rücksichtslos durchgesetzt, wer „randalierende Chaoten oder kriminelle gewalttätige Pyromanen mit der deutschen Jugend gleichsetzt“, schädige die Bundesrepublik. (FR, 14.6.86) Auch in diesem Bereich der Außenpolitik müsse deshalb die BRD ihre Interessen, Forderungen, Rechte, Ansprüche und Bedürfnisse behaupten und verteidigen: sprich, die Autoren der „Götterdämmerungspalette“ hätten nach Straußens Absichten wohl zu schweigen und Autoren auf dem Niveau einer bayerischen Schulbuchblütenlese kämen zum Zuge. Dieser Bereich der Außenpolitik, so wieder Strauß, müsse deshalb dringend „In die Hände einer wirklichen politischen Führungskraft“ gelegt werden, um diese Kurskorrektur durchzuführen. (Nach SZ vom 13.6.86) Vielleicht sollte man Stoiber berufen?

Weniger CSU-Mitglieder

Wie bei der CDU, die im vergangenen Jahr einen Schwund von fast 12 000 Mitgliedern verzeichnete, gehen auch bei der bayerischen Unionsschwester CSU die Mitgliederzahlen zurück. Im allgemeinen Stimmungshoch der Bonner Wende von 1982 auf 1983 war die Mitgliederzahl der CSU noch um stolze 6464 gestiegen. Die Zahl der eingeschriebenen Parteigänger erreichte damit den Rekordstand von 185 428. Doch schon im zweiten Jahr nach dem Regierungswechsel - 1984 - kehrten 1200 CSU-Mitglieder ihrer Partei den Rücken und 1985 noch einmal 1376. (SZ, April 86)



Stü:zen!



VOLTER 85/6

Es gibt im Leben immer zwei Möglichkeiten ...

Politikverbot für Ausländer

Vom CSU-Kreisverwaltungsreferenten Gauweiler stammte ursprünglich der Bescheid, den jetzt das Müncher Verwaltungsgericht für Rechtens erklärt hat:

Dem Münchner mit ägyptischen Paß, Magdi Gohary, sind seine Rechte auf politische Betätigung in der BRD restlos genommen worden. Im Urteil und in mündlichen Stellungnahmen des Prozeßvertreters des Innenministeriums wird ihm für jegliche politische Meinungsäußerung mit dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis gedroht:

- Herr Gohary darf sich nicht in Vereinigungen betätigen, die im jeweils neuesten bayerischen Verfassungsschutzbericht aufgeführt sind
- selbst bloße Redeauftritte bei solchen Organisationen (namentlich genannt ist z. B. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten) sind ihm untersagt
- ja sogar spontane Diskussionsbeiträge darf er auf Veranstaltungen solcher Organisationen (die er als "Zuhörer" sogar besuchen darf um sein "Informationsbedürfnis zu befriedigen") nur einbringen, "wenn er mäßigend wirkt", nicht aber, "wenn er verschärfend wirkt".
- in Zweifelsfällen, wenn z. B. mehrere Veranstalter auftreten und die Mehrheitsverhältnisse im Bündnis unklar sind; soll er vorher beim Ministerium nachfragen, wie er sich zu verhalten hat.

Ein bislang einmaliges Urteil, mit dem in Bayern einem Ausländer der Mund verboten wird. Ein „verschärfend wirkender“ Pfui-Ruf und die Staatsschützer greifen zu.

Politikverbot a la Zimmermann - in Bayern schon geltendes Recht

Mit diesem Urteil wendet Bayern bereits die Bestimmungen des Zimmermann-Entwurfs für ein neues Ausländergesetz an, das erst nach der Bundestagswahl in ca. 1 Jahr verabschiedet werden soll. (Übrigens für uns ein Grund, diese Zeit zum Kampf dagegen noch zu nutzen). Das derzeit geltende Ausländergesetz von 1965 verschärfte bereits die bis dahin ohne Unterbrechung geltende „Ausländerpolizeiverordnung“ der Nazis von 1938. Zimmermann („Die Lösung des Ausländerproblems ist die zentrale Aufgabe dieses Jahrhunderts“) will nun mit seinem

Konzept vom September 1983 noch schärfere Rassengesetze schaffen, um das „Ziel einer wirksameren Bekämpfung von Ausländerextremismus und das Ziel einer Erweiterung der Ausweisungsmöglichkeiten“ (so der Text des Entwurfs) zu erreichen. Dazu sind die folgenden „Eingriffserweiterungen“ geplant, nach denen in Bayern schon verfahren und verfolgt wird:

- Erleichterung des Verbots politischer Betätigung im Einzelfall
- Schaffung der Möglichkeit, dem Einzelnen Reisen im Bundesgebiet oder ins Ausland zu verbieten.

Politikverbot im Zusammenhang mit Reiseverbot sind perfekte Maßnahmen, um alle Ausländer mundtot zu machen und um jegliche Unterstützung von Ausländern durch eine informierte bundesweite Öffentlichkeit unmöglich zu machen. Für die zukünftige Verhinderung von unerwünschter Solidarität bürgt schon allein die Zusammensetzung des Zimmermann-Ministeriums, die sich so wirksam ergänzt: Inneres und Ausländer, Polizei und Kultur Trotzdem wird sich selbst Zimmermann schwer tun, das Politikverbot für die Einzelnen immer zu überwachen und zu kontrollieren. Am besten also

Magdi Gohary (44) lebt seit 1960 in München. Im Februar dieses Jahres hat er einen Antrag auf Einbürgerung gestellt. Politisch tätig in der IG-Chemie und dem Münchner Palästina-Komitee, wurde er 1973 wegen „schwerwiegender Gefahr für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik“ ausgewiesen. Von Ägypten aus kämpfte er schließlich erfolgreich darum, wieder einreisen zu können. 1983 versuchte man erneut, seine Ausweisung zu betreiben. Aus seinem Engagement in der Anti-Apartheid-Bewegung und einer Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung kam die Münchner Ausländerbehörde zu dem Schluß: „Es drängt sich die Annahme auf, daß durch eine weitere Anwesenheit des Ausländers im Bundesgebiet Belange der BRD im

Bereich der allgemeinen und der Staatssicherheit beeinträchtigt sind.“ und: „... hat sich mindestens seit 15 Jahren mit einer bemerkenswerten Beharrlichkeit im Zusammenhang mit einer extremistischen Vereinigung oder für solche betätigt.“

Die große Empörung in der breiten Öffentlichkeit verhinderte seine Ausweisung. Im Februar 1984 erteilte das Kreisverwaltungsreferat in einem aussergerichtlichen Vergleich die unbefristete Aufenthaltserlaubnis mit einer Auflage jedoch, die Gohary nie akzeptiert hat. (s. Artikel) Da wurde ihm untersagt, sich an Vereinigungen „zu beteiligen bzw. für sie tätig zu sein“, die von gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Gruppen beeinflusst seien.



Türkische Arbeiter bei einer Demonstration ... Für sie ist die politische Betätigung heute bereits gefährlich genug, sie müssen stets damit rechnen, vom Verfassungsschutz dem türkischen Geheimdienst gemeldet zu werden. Sie müssen sich davor mit „Vermummung“ schützen!

gleich einsperren, nur so kann's gehen. Weiter will das Zimmermann-Konzept: „Verschärfung des Ausweisungsrechts bei extremistischer Betätigung: Gesetzliche Regel- (evtl. Ist-) Ausweisung mit sofortiger Vollziehbarkeit kraft Gesetzes bei:

- * Gefährdung der Grundordnung oder Sicherheit,
- * Gewaltanwendung aus politischen Gründen,
- * Betätigung in verbotenen Vereinigungen,
- * strafbaren Verstößen gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht,
- * wiederholten Verstößen gegen das Verbot politischer Betätigung.

KANN-Ausweisung bei

- * unerlaubter politischer Betätigung,
- * Betätigung in extremistischen Vereinigungen,
- * politisch motivierter Androhung von Gewalt,
- * sonstigen politisch motivierten Verstößen gegen die Rechtsordnung.

Derzeit gibt es nur die Kann-Ausweisung ohne sofortige Vollziehbarkeit kraft Gesetzes wegen Gefährdung der Grundordnung oder der Sicherheit oder wegen Beeinträchtigung erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland - § 10 Abs. 1 Nr. 1 und 11 AuslG.

Nach dieser Bestimmung muß ausgewiesen werden bei den genannten Verstößen. Die Möglichkeit, doch noch einen einzelnen fortschrittlichen Richter zu finden, der gegen Zimmermanns Willen entscheidet, ist dann ausgeschlossen.

Mit der sofortigen Vollziehbarkeit kann dann auch endlich ausgewiesen werden, bevor ein Prozeß überhaupt angestrengt werden kann. Bisher wurden vollendete Tatsachen bereits geschaffen, bevor ein Urteil rechtskräftig geworden war. Nun hat man's noch schneller. Magdi Gohary konnte damals noch von Ägypten aus seinen Prozeß hier in der BRD weiterführen und gewinnen (s. Kasten). Ein türkischer politisch Verfolgter wäre längst am Galgen gelandet, noch bevor er an die Formulierung eines Schriftsatzes auch nur denken konnte.

Aus den Gutachten die vom Bonner Innenausschuß des Bundestages zum Thema: Asyl - besondere Wünsche und Anregungen angefordert wurden. Das Politikverbot ist auch beim Asylverfahrensgesetz - wie beim Ausländergesetz - heiß ersehnt. Statt Schutz vor politischer Verfolgung - Verbot der politischen Betäti-

gung für die Zeugen von blutigen Diktaturen, in denen auch „unsere“ Siemens und Deutsche Bank Blutspuren hinterlassen haben und tagtäglich hinterlassen.

Es folgen Auszüge zweier Herren „Zuarbeiter“ für Zimmermanns Rassengesetzgebung:

„Die Zahl der Asylbewerber, die sich erst im Prozeß auf Nachfluchtgründe stützen, ist hoch, wenn auch eine besondere Zunahme in letzter Zeit nicht festzustellen ist. Vornehmlich wird politische Verfolgung in der Heimat wegen gegen das Heimatregime gerichteter Aktivitäten in der Bundesrepublik geltend gemacht. Es sollte deshalb überlegt werden, ob den Asylbewerbern nicht politische Aktivitäten in der Bundesrepublik, die in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem Asylverfahren stehen, verboten werden sollten; ein Verstoß gegen das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 Grundgesetz) ist insoweit nicht zu sehen.“

Der Präsident des Bayer. Verwaltungsgerichts Ansbach - Dr. Lothar Schmitt

„Teilnahme an Demonstrationen sei hier nur als ein Beispiel von vielen genannt. Es wird dabei angeregt zu überdenken, ob das Bundesamt für die Anerkennung ausländische Flüchtlinge künftig den Ausländerbehörden aufgrund seiner besonderen Sachkenntnis Mitteilung machen sollte, wenn im Einzelfall nach dortiger Einschätzung erwartet werden kann, daß ein dort abgelebter Asylbewerber Nachfluchtgründe schaffen wird. Die Ausländerbehörden würden damit in die Lage versetzt, durch Auflagen gemäß § 20 Abs. 1 AsylVerfG (Beschränkung der Freizügigkeit d. Verf.) bestimmte Aktivitäten eines Asylbewerbers zu untersagen.“

Der Kreisverwaltungsreferent - Dr. Gauweiler



Hamburger Rundschau

„Unerwünschte Unterstützung“

Aus dem Urteil gegen Magdi Gohary können wir lernen, wie willkommen uns die ausländischen Antifaschisten und Demokraten sein müssen: die Redetätigkeit von Gohary stelle eine „unerwünschte Unterstützung“ von anti-

faschistischen Organisationen dar. Und „der deutsche Rechtsstaat braucht es nicht hinzunehmen, daß Organisationen, die ihrerseits ... die bestehende Staatsform und Gesellschaftsordnung beseitigen wollen, durch den Zulauf von Ausländern noch gestärkt werden“

Das Tragen von blauen Hemden soll teuer werden.

Am 3. Oktober 1985 fand in München eine Demonstration statt gegen den Mord an Günter Sare. Er war bei einer Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung in Frankfurt von einem Wasserwerfer überfahren worden. Noch bevor der Protestzug sich in Bewegung setzte, griff die Polizei ein: die Demonstration dürfe nur losgehen, wenn die neun Jugendlichen, die in einem Block geordnet dastanden und alle ein blaues Hemd trugen, nicht mitgingen. Sie würden gegen das Uniform-Verbot verstoßen.

Dieser Paragraph soll angeblich zur Bekämpfung des Faschismus dienen, doch die Neo-Nazis, die in schwarzer Kluft mit Hakenkreuz oder SS-Runen aufmarschieren, werden nicht mit seiner Hilfe belangt. Die Schwarzen werden geduldet, die Blauen nicht.

Mitmarschieren taten die Blauhemden zwar doch, aber die Polizei kassierte die Personalien. So flatterten nach einigen Wochen bei allen Betroffenen Strafbefehle ein. Da die Jugendlichen Mitglieder der „Münchener Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend“ sind, gaben sie nicht klein bei, sondern legten Widerspruch ein. So kam es zum Prozeß.

Im folgenden berichtet Wiggerl, warum sie das Blauhemd trägt und wie der erste Prozeß verlief.

Das blaue Hemd, welches nichts anderem als dem Blaumann des Arbeiters nachempfunden ist, wird von uns getragen, um auszudrücken, wir kämpfen für die Rechte der Arbeiter, wir lassen uns kein zweites Mal vom Faschismus besiegen. Viele verschiedene Vorstellungen stecken in den Köpfen derjenigen, die das blaue Hemd tragen, aber eines ist uns allen gemein: alle gemeinsam wollen wir die verjagten, die uns täglich ausbeuten und die dazu auch vor dem Mittel des faschistischen Terrors nicht zurückschrecken. Eine Tradition, die die verbotene FDJ nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen hat und die auch heute noch von den Falken als selbstverständlich betrachtet wird. Und gegen dieses Hemd siebt die Staatsanwaltschaft sich gezwungen vorzugeben. 450 DM wurden jedem einzelnen der Blaubemdtäger abgefordert. Die Begründung war „mit Tragen dieses Hemdes wird eine einheitliche politische Gesinnung zum Ausdruck gebracht“. Es ist also strafbar sich zur Arbeiterklasse zu bekennen und diesen gemeinsamen Willen auch nach außen sichtbar zum Ausdruck zu bringen.

Wir sind anderer Meinung und legten selbstverständlich Widerspruch ein. Daraufhin wurden die ersten Prozesse eingeleitet. Auf die Frage, welchen gemeinsamen politischen Willen sie uns denn vorwerfen, erhielten wir keine Antwort. Der Staatsanwalt sah keine Notwendigkeit, sich an die bürgerliche Rechtssprechung zu halten, d. h. daß er uns die Schuld nachweisen muß, sondern verlangte, daß wir unsere Unschuld nachweisen. Außerdem würde ihn das Hemd an die verbotene FDJ erinnern. Der Grund: Blau und Schulterklappen. Ein Plädoyer, welches also auf die Phantasie des Staatsanwaltes aufbaute. Das war sogar dem Richter zu wenig. Das Urteil mußte auf Freispruch lauten. Was aber den Staatsanwalt nicht daran hinderte, in der Pause 3 junge Frauen im Publikum mit blauen Hemd, von einem guten Dutzend Polizisten in Handschellen abführen zu lassen und deren Personalien zu ermitteln. Den Freispruch kommentierte er damit, daß er nicht locker lassen werde, so lange bis ein Schuldspruch gefällt werde und wenn er durch alle Instanzen müsse. Also, der Kampf um das Hemd geht weiter. 9 Jugendliche werden auf ihr Recht pochen, auf Demonstrationen und auch sonst in der Öffentlichkeit zu zeigen, wir sind Arbeiterjugendliche und kämpfen um unsere Interessen. Und wir brauchen Unterstützung in diesem Kampf. Denn der Staat beläßt es nicht dabei, blaue Hemden zu verbieten. Er versucht alles, was nach Organisation riecht, von Anfang an zu zerschlagen. Wir haben Beispiele genug. Demonstrationen werden verboten, Volksbefragungen als undemokratisch bezeichnet, der Gewerkschaft versucht man an Hand von Gesetzen ihre Kampfkraft zu nehmen. Und je weniger wir dagegen setzen, desto schneller wird diese Entwicklung fortschreiten, desto mehr werden unsere demokratischen Rechte mit Füßen getreten. Und dieser Grund müßte für jeden Demokraten reichen, egal welcher Ideologie oder Partei er angehört, sich mit den Blaubemdtägern zu solidarisieren. Denn, wenn wir auch nur einen Schritt zurückgeben müssen, vergrößert sich die Gefahr, daß nicht „nur“ Hemden verboten werden, sondern auch die Möglichkeit, öffentlich für seine politische Meinung zu kämpfen.



EIN SOLDAT SORGT FÜR AUFRUHR!

Am 8.5.86 forderte Heiko Müller 800 Kameraden auf, das Gelöbniß zu verweigern. Wegen „Zersetzung“ der Bundeswehr erhielt er drei Wochen Bau. In dieser Zeit freut er sich sehr über Zuschriften. Also schreibt in der Zeit vom 13.8. bis 2.9.86 an Pionier Heiko Müller, 1./PILeHRBtl 220, Domagkstraße 33, 8000 München 40, Funkkaserne. Spendenkonto: 1090 32-801, Postgiroamt München, Klaus Hubig, Kennwort: Solidarität mit Heiko.



Obwohl Dachau, und ganz besonders der Platz wo das Gelöbniß stattfand, einem einzigen Kasernenhof glich, gelang es mir doch bis in die vorderste Reihe der Zuschauer zu kommen.

Vorbei an Polizei, Feldjägern sowie stramm grüßenden Offizieren. Ich wählte meinen Standort und wartete einen günstigen Augenblick ab, um dann schnurstracks über die Umzäunung auf den schwer abgesicherten Platz zu laufen. Die Feldjäger waren so überrascht, daß ich erstmal ganz gemütlich und ungestört ein paar Meter gehen konnte, um schließlich stehen zu bleiben und folgendes zu den Kameraden rufen konnte: „Kameraden! Macht's wie ich und verweigert das Gelöbniß gegen den Frieden und für den Krieg! Laßt Euch nicht verheizen und drücken!“ Nachdem sich die Feldjäger von ihrer Schrecksekunde erholt hatten, kamen sie im Dauerlauf auf mich zu und packten mich links und rechts am Arm, um mich dann erleichtert

vom Platz zu führen. Nachdem sie meine Personalien festgestellt hatten, liesen sie mich wieder laufen. Mir ist natürlich klar, daß ich dafür in den Bau muß, nicht zuletzt deswegen, weil ich sowieso schon 7 Tage Bau auf 5 Monate Bewährung ausstehen habe.

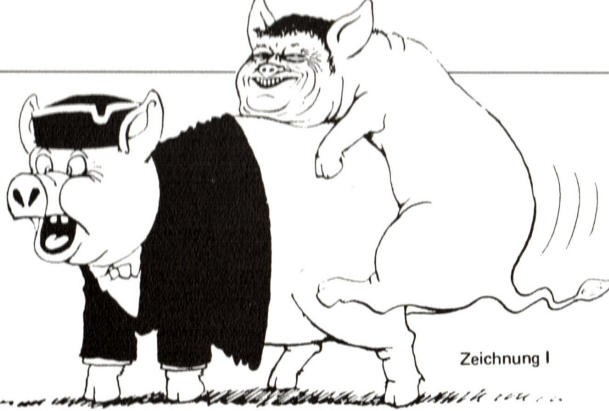
Sicher werden sich jetzt viele von Euch fragen: Warum macht er das, wenn er doch sowieso weiß, daß er in den Bau muß? Um dieses Gelöbniß durchführen zu können, haben die Verantwortlichen aus Dachau einen Kasernenhof gemacht, die absolute Ruhe sollte sicher gestellt werden. Auch damals vor dem 2. Weltkrieg machten die Herrschenden aus ganz Deutschland einen Kasernenhof, wo bald Totenruhe herrschte. Wo man in Dachau z. B. das erste KZ auf deutschem Boden baute, in dem tausende von Widerstandskämpfern eingesperrt waren, und viele von ihnen diese Tortour nicht überlebt haben. Da ich nicht will, daß eine dritte Generation 18jähriger in den Krieg

geschickt wird, habe ich die Kameraden in Dachau zur Gelöbnißverweigerung aufgefordert.

In den Betrieben werden immer mehr gehetzt. Immer mehr Kollegen werden auf die Straße gesetzt. Doch in den Fabriken der Siemens, Krupp & Co. wird mit immer weniger Arbeitern, in immer kürzerer Zeit, immer mehr produziert. Der Arbeiter hat nichts davon. Unsere Mieten steigen ständig, die Lebensmittel werden teurer, jeder 10. Einwohner dieser 60.000.000-Republik muß mit 12,86 DM pro Tag (einschließlich Miete usw.) über die Runden kommen. Zu viel zum Sterben, zu wenig zum Leben. Soll ich dieses verteidigen?

Nein Kameraden! Ich bin nicht bereit meinen eigenen Beschluß zu verteidigen.

Aus einem Flugblatt der Münchner Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend



Zeichnung I

Laut „konkret“ hat Strauß gesagt, er halte nichts von Prozessen gegen Karikaturisten, diese müßten ein größeres Stück Narrenfreiheit haben. Seit nunmehr fünf Jahren prozessiert Strauß gegen den Karikaturisten Rainer Hachfeld, das Verfahren ist zur Zeit beim Bundesverfassungsgericht anhängig.

In „konkret“ 7/80 erschien „eine Zeichnung, in der das Strauß-Schwein dem auf allen Vieren stehenden Justiz-Schwein von hinten beim Deckvorgang oder wie bei einem solchen aufreitet, wobei es allerdings mit den Hinterbeinen nicht auf dem Boden steht, sondern auch mit ihnen das Justiz-Schwein umklammert. (...) Über ihr stehen die Worte „Satire darf alles. Rainer Hachfeld auch?““ (Seite 3)

Mit Hinweis darauf, daß Strauß Ermittlungen der Staatsanwaltschaft veranlaßt habe, erschien im Heft 1/81 eine Zeichnung mit vertauschten Rollen, in der also das Justiz-Schwein dem Strauß-Schwein aufreitet, mit der Bildunterschrift: „Fühlen Sie sich so wohl, Herr Ministerpräsident?“ (Seite 4)

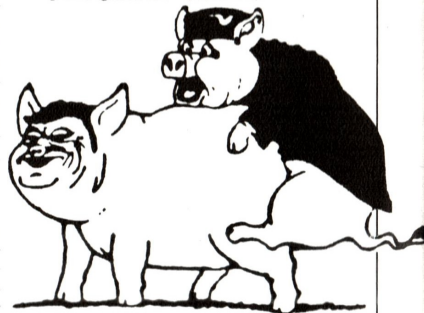
Sowohl die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft als auch die Schaffenskraft des Künstlers dauerten an und so er-

schien im Heft 10/81 „eine Zeichnung, in der zunächst ähnlich wie in Zeichnung I das Strauß-Schwein dem Justiz-Schwein von hinten aufreitet, in der dann aber ein zweites Justiz-Schwein in ähnlicher Weise dem Strauß-Schwein, gefolgt von einem auf den Hinterbeinen stehenden zweiten Strauß-Schwein, das sich mit der Bauchseite an das Hinterteil des zweiten Justiz-Schweins anschmiegt.“ (Seite 6)

„Bei der Suche nach dem objektiven Sinn der Zeichnung I könnte man daran denken, daß behauptet werden sollte, daß der Nebenkläger, dargestellt als das dominierende Tier, die Justiz zwingt, vergewaltigt. Da das Justiz-Schwein aber nicht die geringste Abwehr- oder Fluchtbewegung zeigt, sondern ruhig dasteht und vernügt dreinblickt, erweist sich die Zeichnung I als satirische

Einkleidung der Behauptung, die Justiz stehe dem Nebenkläger willig zur Verfügung und er bediene sich ihrer.“ (Seite 8/9)

„Das Schwein hingegen eignet sich nach Ansicht der Kammer besonders gut zur Karikatur des Menschen im allgemeinen, weil dem nicht wie bei vielen anderen Tieren ein besonderer Bedeutungsgehalt oder extreme Körperproportionen im Wege stehen und sich bei der zeichnerischen Darstellung dem Schwein wegen seines relativ glatten Gesichts (...) von der Gesamtphysiognomie her leicht menschliche Gesichtszüge geben lassen. Bei dieser Tierart wird im übrigen auch die bekannte, etwas untersetzte Figur des Nebenklägers angedeutet.“ (Seite 11)



Zeichnung II

Sämtliche Zitate stammen aus dem Urteil des Landgerichts Hamburg vom 14. November 1983, Aktenzeichen: (42) 152/82 Ns-141 Js 349/90



Zeichnung III

HACHFELD 81